



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1916**

261 (6.6.1916) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-329566](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-329566)



irrenden, die an große langwierige Tage erinnert, er hat in ein Weidenblatt gegriffen und dabei den Ratsspruch befolgt, der vorschreibt, wie man solche Reiter behandeln muß. Die Empörung, die in der Rede des Kanzlers zum Ausdruck kam, wäre nicht verständlich, wenn die Großsäure mit der verleumderischen Behauptung von irgend einem Unbekannten ausgegangen wäre. So kann ein Staatsmann nur sprechen, wenn er die feste Überzeugung hat, daß die Einflüsse so mächtig sind, daß sie ernstlichen Schäden anrichten können. Die Badische Zeitung weist darauf hin, daß auf der Rechten die Spindel und Westarp und auf der Linken die Saale und Ledebour dem Kanzler die falsche Schulter zeigen und meint: „Eine Politik, die einigen und nicht trennen will, ist von den extremen Rechten und Linken von jeder zurückgewiesen worden.“ Das Tageblatt überführt sich einseitig in seiner Meinung. Es heißt da unter anderem, daß verschiedene Vorgänge während des Krieges und die gestrige Rede beweisen, daß Herr von Hoffmann die unheilvolle Wirkung eines wüsten Patriotismus erkannt hat, daß er mit einem großen Mut und unbekümmert um öffentliche Verdächtigungen den geheimen Vorwürfen entgegentritt. Auch die Tägliche Rundschau will dem Kanzler die Anerkennung nicht verweigern, wenn sie auch der Meinung ist, daß der Kanzler selber schuld ist an der Erfüllung der öffentlichen Meinung. Sie sagt: „Ein verdorrenes Herz muß haben, wer auf das vielfache Abheben in den Worten des Kanzlers nicht ein leidenschaftliches Hinströben zum Herzen seines Volkes fiebern fühlt.“ Nur die Blätter der Rechten sind vollkommen unberührt. Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung spielen dabei die Rolle des bekannnten Verkümers namens Gase, der von nichts weiß. Beide Blätter wollen die anonyme Großsäure, die in diesen Tagen im Reichstag von Hand zu Hand ging, nicht gelassen und nicht gesehen haben. Die Deutsche Tageszeitung hat dabei noch die Stirne zu behaupten, daß die gestrige Kanzlerrede nur von der äußersten Linken mit hartem Beifall entgegengenommen worden sei, einem Beifall, an dem sich auch ein Teil der bürgerlichen Kreise und einige Abgeordnete des Zentrums und der deutschen Fraktion beteiligten. Wie es in Wahrheit mit dem Beifall stand, haben wir oben schon gesagt. Charakteristisch ist auch, daß die Kreuzzeitung bei dieser Gelegenheit es ausdrücklich ablehnt, die Geschlossenheit der Parteien weiter und länger zu bewahren. Sie schreibt in der Beziehung: „Die Intransigenz schließlich, welche der Kanzler über die Stellung und Haltung der Parteien nach Beendigung des Krieges äußert, darf wohl mit einigen Ausnahmen versehen werden. Wenn man sich in Erinnerung zurückruft, daß das gesamte Programm der Sozialisten von allen ihren Führern ausdrücklich als gültig und bindend auch für die Zukunft bezeichnet wird.“

Der Vorwärts, der diesmal die Reichstagsbesprechung einem Herrn der Fraktionsmehrheit anvertraut zu haben scheint, rätioniert sich: „Das Verhalten der Rechten im Reichstag während der Kanzlerrede zeigt sehr deutlich, wo Hoffmanns Widersacher zu suchen sind und wie schon die Herren Ledebour und Westarp da, während das Gewitter um sie und ihre Gleichen, unter öfterem stürmischem Beifall der Fortschrittler, der Rationalliberalen, des Zentrums und der alten sozialistischen Fraktion sich erhebt? Bei der bestigen Fortsetzung der Staatsberatung werden die Parteiführer auf die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers mit Erklärungen allgemein politischen Charakters antworten. Für die Rationalliberalen wird der Abgeordnete Baffermann sprechen und wie wir glauben, dafür sorgen, daß die Wogen der nationalen Erregung sich glätten.“

**Die Schlacht vor dem Skagerrak.**  
**Der Kaiser an die Großadmirale von Tirpitz und von Rösser.**

Berlin, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat an die Großadmirale v. Tirpitz und v. Rösser folgende Drohungen gerichtet:  
Großadmiral v. Tirpitz, Berlin. Nach dem Beside meiner aus schwerem Kampfe siegreich heimgekehrten Flotte ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen nochmals meinen kaiserlichen Dank zu sagen für das, was Sie in meinem Auftrage auf organisatorischem und technischem Gebiete geschaffen haben. Unsere Schiffe und Waffen haben sich glänzend bewährt. Der Schlachttag in der Nordsee ist auch ein Ruhmestag für Sie geworden. Wilhelm I. R.  
Großadmiral v. Rösser, Kiel. Von dem mit frischem Vorbeereitungsflotten-Schlachttag aus heute ich Ihnen, dem alten Hottentot, meinen kaiserlichen Gruß. Sie haben den Grund gelegt zu der sorgfältigen Bedienung aller Waffen und der tatsächlichen Führung der Flotte. Auf Ihrer Arbeit aufbauend und den von Ihnen eingepflanzten

Weit pflegend, haben Ihre Nachfolger die Flotte weiterentwickelt zu einem lebendigen Kriegsmittel, das jetzt seine Feuerprobe so glänzend bestanden hat. Das Bewußtsein, eine solche Saat gesät zu haben, muß Sie hoch begehnen. Wilhelm I. R.

**Die Ehrung und Auszeichnung der Sieger**

Wilhelmshaven, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Der Kaiser hat den Chef der Hochseestreitkräfte, Vizadmiral Scheer, zum Admiral befördert und ihm sowie dem Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Vizadmiral Hipper, den Orden Pour le mérite verliehen. Ferner hat er einer Anzahl von Offizieren und Mannschaften, die sich in den Kämpfen in der Nordsee besonders hervorgetan haben, Kriegsauszeichnungen zu verleihen geruht. Der Kaiser hat an dem Orde der im Kampfe für das Vaterland Gefallenen auf dem Garnisonfriedhof in Wilhelmshaven einen Kranz niederlegen lassen. Heute nachmittag besuchten der Kaiser und die Kaiserin die Verwundeten in den dortigen Lazaretten.

**Der Glückwunsch des deutschen Landheeres.**

Berlin, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Das Militärwochenblatt schreibt in seiner heutigen Ausgabe zu der Seeschlacht zwischen dem Flaggenkapitän und Horns Riff: Wohl niemand hat die Nachricht von dem Siege unserer Hochseeflotte über die gesamte moderne englische Flotte mit größerer und herzlicher Freude empfangen, als die deutschen Streitkräfte zu Lande. Die deutsche Armee hat niemals daran gezweifelt, daß die Flotte — sobald sich ihre langersehnte Gelegenheit bieten würde — der Krone in ihren Leistungen ebenbürtig an die Seite treten würde. Aller Erwartungen in den hohen Grad der Gefechtsfähigkeit unserer Flotte sind nicht nur erfüllt, nein, sie sind bei weitem übertraffen worden. Trotz der großen Ueberlegenheit des verhassten Gegners — uns ebenso verhasst, wie den Österreichern die Italiener — hat die Flotte dank ihrem Geist, der hervorragenden Führung und Tapferkeit ihrer Mannschaften und überlegenen Taktik und dank der erstklassigen Ausrüstung an Material dem tapferen Feinde eine entsetzliche Niederlage herbeiführt, deren Folgen in militärischer, politischer und moralischer Beziehung noch nicht abzuschätzen sind. Der dankbare Jubel der Armer gilt zunächst allen, die in dem heißen Kampfe selbst mitgekämpft haben, aber auch in gleichen Maße denen, die diese für England unersetzliche Waffe schufen in allen ihren verschiedenen Typen im richtigen Ausmaß, als ob die Seeschlacht vom 31. Mai 1916 ihrem geistigen Auge lange voranschwebt hätte. Selben Dank gebührt Großadmiral v. Tirpitz und allen seinen Mitarbeitern, sowie den Offizieren des Admiralstabes, die endlich die reife Frucht ihrer mühsamen, folgerichtig durchgeführten Arbeiten ernten dürfen. Es lebe die kaiserlich-deutsche Marine!

**Eine Erklärung der engl. Admiralität.**

London, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Die Admiralität veröffentlicht folgende Erklärung über die Schlacht in der Nordsee: Als die Hauptmacht der britischen Flotte mit der deutschen Hochseeflotte in Fühlung kam, genüge ein sehr kurzer Kampf, um die letztere, die schon schwere Einbußen erlitten hatte, dazu zu zwingen, Sönd zu suchen. Dies gelang, da infolge des unrichtigen Wetters und des Rebells die britische große Flotte nur ab und zu in vorübergehender Berührung mit dem Feinde kommen konnte und kein Dauergefecht möglich war. Die Verfolgung wurde fortgesetzt, bis es ganz finster wurde. Aber die britischen Zerstörer vertrieben auch während der Nacht erfolgreiche Angriffe auszuführen. Nachdem Vellikee den Feind in den Hafen getrieben hatte, kehrte er zurück und fuhr den hauptsächlichsten Schouplag des Gefechts auf der Suche nach havarierten Schiffen ab. Donnerstag mittag, als es klar war, daß nichts mehr zu tun übrig blieb, kehrte die Flotte mit ihrer 400 Meilen entfernten Basis zurück, ergänzte die Versorgungsstoffe und war Sonntag abend wieder bereit in See zu fahren. Die britischen Verluste wurden die vollen Umfänge veröffentlicht. Es scheint alle Ursache zu der Annahme zu bestehen, daß die Deutschen zwei Schlachtschiffe, zwei Dreadnought-Schlachtschiffe, zwei Kreuzer, nämlich „Wiesbaden“ und „Eltis“, einen leichten Kreuzer vom Rostock-Typ, den leichten Kreuzer „Frauenlob“, mindestens neun Zerstörer und ein Unterseeboot verloren haben.

**Berichte von Ueberlebenden.**

London, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Ueberlebende von Barriar, die in Devonport interniert wurden, erzählten, daß ihr Schiff kurz nach 6 Uhr ins Gezecht kam. Barriar und DeLance gerieten zwischen zwei Minen deutscher Schlachtschiffe. DeLance lag in die Luft. Der Barriar wurde mit Angeln durchsieht. Der Feind erbrannte Gasbomben. Nach 17 Minuten dampften die deutschen Schiffe, verfolgt von Schiffs der

britischen Schlachtflotte, weg. Der Barriar begann Wasser zu lassen, jedoch die Besatzung an die Pumpen gestellt wurde, bis schließlich ein Hilfsfahrzeug hinzukam. Die Verwundeten wurden nach diesem Hilfsfahrzeug gebracht. Der Barriar wurde 48 Stunden geschleppt, dann stellte es sich heraus, daß das Schiff verloren war. Das Schlepptau wurde gelassen und der Dampfer sank. In Plymouth erklärte einer der Bereiteten, daß der Barriar ein gewaltiges Feuer von fünf deutschen Schiffen der Dreadnoughtklasse und von 20 Zerstörern ausgehalten hatte.

**Die Wirkung auf die Neutralen.**

Stockholm, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Die schwedische Presse beschäftigt sich weiter in langen Leitartikeln mit dem deutschen Seefrieg. In den Behauptungen der Entente schreibt „Stockholms Dagblad“: Die englische und französische Presse suchen den englischen Misserfolg möglichst zu bemänteln, der für das Ansehen der englischen Flotte kaum günstig sein kann, denn wenn auch ihre Ueberlegenheit nicht allzu sehr erschüttert ist, muß es doch zu denken geben, daß so große Verluste überhaupt möglich waren. Daß die Nachrichten aus der Nordsee tiefen Eindruck machen, geht unabweislich aus den Kommentaren hervor, die die Verleser zu erklären suchen. Svenska Dagblad meint: Ganz natürlich hätten die deutschen Verluste einen ganz anderen Umfang angenommen, wenn die gesamte gewaltige, überlegene englische Schlachtflotte hier gesunden hätte, einzugreifen. Daß die Deutschen, als dies bevorstand, die Schiffe von selbst beendeten und sich in die Häfen zurückzogen, ist nur die folgerichtige Durchsicherung der geschickt begonnenen Taktik, wodurch sie den großen und glänzenden Sieg erfochten. Jeder kann leicht einsehen, welchen Stoß ein solcher deutscher Sieg für das englische Selbstbewußtsein bedeutet. Gewiß ist auf beiden Seiten formannensmäßig tapfer gekämpft worden, aber das verhindert nicht, daß der erste Eindruck der Schlacht der ist, daß England ein Nelson fehlt, den es braucht, um auch weiterhin zu dem alten „Rule the Waves“ insstande zu sein.

**Der Wiener Bericht.**

Wien, 5. Juni. (WZ. Nichtamtlich.) Ähnlich wird verlautbart:

**Russischer Kriegsschauplatz.**

Der seit langem erwartete Angriff der russischen Südwestarmee hat begonnen. An der ganzen Front zwischen dem Pruth und dem Sturknie bei Kalki ist eine große Schlacht entbrannt. Bei Olva wird um den Besitz unserer vordersten Stellungen erbittert gekämpft. Nordwestlich von Tarnopol gelang es dem Feind vorübergehend an einzelnen Punkten in unsere Graben einzudringen. Ein Gegenangriff warf ihn wieder hinaus. Weiderseits von Kozlow (westlich von Tarnopol) scheiterten russische Angriffe vor unseren Hindernissen bei Rowo Alexiatec und nordöstlich von Dubno schon in unserem Geschützfeuer. Auch bei Szapanow und bei Dlyka sind heftige Kämpfe im Gange. Südöstlich von Ludschowen wir einen feindlichen Flieger ab.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Im Raume westlich des Aiguales war die Gefechtsfähigkeit gestern im allgemeinen schwächer. Südlich Vossia nahmen unsere Truppen einen starken Stützpunkt und wies eine mehrere Wiedergewinnungsversuche der Italiener ab. Westlich des Aiguales führten unsere Kampftruppen auf den Höhen östlich von Arsiere nach den Monte Banoccio (östlich von Monte Parco) und beherrschten nun die Balcanaglia. Gegen unsere Front südlich des Greuzetes richteten sich wieder einige Angriffe, die sämtlich abgeklagen wurden. An der Küstenländischen Front (südlich die italienische Artillerie mehr als gewöhnlich. Im Dohberu. Abschnitt betätigten sich auch feindliche Infanterieabteilungen, deren Vorstöße jedoch rasch erledigt wurden.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz.**

Ruhe.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschallleutnant. (Bereits im größten Teil der gestrigen Abend-Ausgabe enthalten.)

**Das Kriegsteuergesetz.**

Vom Oberverwaltungsgerichtsdirektor Schiffer, M. d. R. u. d. R.  
I.  
Das Kriegsteuergesetz, das in der Regierungsvorlage Kriegsgewinnsteuergesetz hieß, aber es eigentlich niemals recht war, ist vom Reichstag in zweiter und dritter Lesung verabschiedet worden. Da auch an der Zustimmung des Bundesrats nicht zu zweifeln ist,

wird es demnächst seinen Platz im Reichsgesetzblatt einnehmen. Damit rückt der Zeitpunkt heran, in dem der ordentliche Staatsbürger und gute Hausvater verpflichtet ist, sich des näheren mit ihm zu befassen. Denn schon nach dem Allgemeinen Landrecht für die Preussischen Staaten „ist ein jeder Einwohner des Staates sich um die Gesetze, welche ihn oder sein Gewerbe und seine Handlungen betreffen, genau zu erkundigen gehalten; und es kann sich niemand mit der Unwissenheit eines gehörig publizierten Gesetzes entschuldigen“. Das ist aber hier leichter gesagt als getan. Das neue Kriegsteuergesetz hat es in sich, aber es hat vielmehr alles in sich, was zu seinem Verständnis gehört, sondern kann nur unter Inbiffnahme anderer Gesetze, insbesondere des Beitrags- u. des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 erfaßt werden. Solche Gesetzeskenntnis ist dem Gemeinverstand nicht förderlich; und was bisher, während des parlamentarischen Entstehungsprozesses, in die Öffentlichkeit drang, war auch nicht gerade geeignet, den Einblick in das schwebende Ergebnis zu erleichtern. Freilich kann die Presse für irrtümliche und irreführende Mitteilungen, die sie über die Kommissionsarbeiten und -Beschlüsse in die Welt setzte, als mildern den Unstand geltend machen, daß die Weltmorbolen, die das Werk durchdrachte, sich zu häufig und zu sprunghaft vollzogen, als daß ein Außenstehender sofort hätte mitkommen können. In jedem Fall erscheint es nicht unangebracht, um der Klarheit und Verständnismäßigkeit der Allgemeinheit willen, einmal in kurzen Strichen das Bild der neuen Steuer und ihres Verhältnisses zu anderen, bereits bestehenden Steuern zu zeichnen.

Die Kriegsteuer ist keine Steuer im engeren Sinne, also keine regelmäßig oder unter bestimmten Voraussetzungen wiederkehrende Leistung, sondern eine einmalige außerordentliche Abgabe. Sie ist als solche nicht einheitlich, sondern besteht aus drei Sonderabgaben: vom Vermögenszuwachs und vom Mehrgewinn. Die Abgaben vom Vermögenszuwachs und vom Vermögensbestande sind von Einzelpersonen, die vom Mehrgewinn von Gesellschaften zu tragen. Abgabepflichtiger Vermögenszuwachs im Sinne des Kriegsteuergesetzes ist der nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes festgestellte Vermögenszuwachs aus der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 — derselbe Vermögenszuwachs, der eben bereits nach dem Besitzsteuergesetz bestimmt worden soll. Die Frage liegt nahe, wie sich beide Gesetze zu einander verhalten. Weichen sie nebeneinander in Kraft, so daß also jener Vermögenszuwachs von beiden in Anspruch genommen, zweifach besteuert wird? Oder tritt das Besitzsteuergesetz insoweit außer Kraft, als das Kriegsteuergesetz eingreift? Die Frage ist in ersterem Sinne zu beantworten. Das Kriegsteuergesetz tritt neben das Besitzsteuergesetz nicht an seine Stelle. Der Vermögenszuwachs ist grundsätzlich sowohl nach jenem wie nach diesem zu besteuern, so daß sich für ihn die Kriegsteuer nur als eine Erhöhung der Besitzsteuer darstellt. Diese Erhöhung vollzieht sich nun aber nicht etwa so, daß bloße Zuschläge zu den Sätzen der Besitzsteuer erhoben werden, wie es bei der preussischen Einkommen- und Erbschaftsteuer geschieht. Das wäre viel zu einfach. Vielmehr sind beträchtliche Abweichungen sowohl für die Steuerbefreiungen wie für den Gegenstand der Steuerpflicht vorgesehen. Die Besitzsteuer beginnt mit 0,75 vom Hundert des Zuwachses, kauft sich nicht nur nach der Höhe des Vermögensanfalles, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens ab und steigt auf diesem Wege bis zu 2,50 vom Hundert. Die Kriegsteuer beginnt mit 5 vom Hundert und geht bis zu 50 vom Hundert des Vermögenszuwachses, ohne das Gesamtvermögen für die Bemessung des Steuerbetrages heranzuziehen. Der nach beiden Gesetzen Vermögenssteuerpflichtige muß also seine Steuerberechnung auf verschiedenen Grundlagen aufbauen, um den Gesamtbetrag der auf seinem Vermögenszuwachs ruhenden Steuerlast zu ermitteln.

Aber auch der Grundlag, daß der nach dem Besitzsteuergesetz steuerpflichtige Vermögenszuwachs auch nach dem Kriegsteuergesetz steuerpflichtig wird, ist recht erheblich durchlöchert und zwar nach beiden Seiten hin. Neben dem Vermögenszuwachs, der nach beiden Gesetzen besteuert wird, wird der eine Vermögenszuwachs nur von dem Besitzsteuergesetz, der andere nur von dem Kriegsteuergesetz getroffen. Nur dem Besitzsteuergesetz unterliegen insbesondere Erbschaften, Kapitalauszahlungen aus Versicherungen und Vermögensbeiträge, wenn sie aus der Veräußerung ausländischer Grund- oder Betriebsvermögens oder sonstiger Gegenstände herrühren, die zu Beginn des Vermögenszeitraumes zum nicht steuerbaren Vermögen des Steuerpflichtigen gehört haben. Diese Beiträge sind also für die Anwendung des Kriegsteuergesetzes von dem für die Anwendung des Besitzsteuergesetzes festgestellten Vermögen ab-

zugewiesen, fallen nur unter das Letztere und nicht zugleich unter das Erstere. Dagegen treten dem nach dem Vermögensgesetz festgestellten Vermögenszuwachs neu hinzu Beträge, die im Bilanzierungszeitraum im ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt worden sind oder zum Erwerb von wertvolleren Lurusgegenständen aller Art gedient haben; auch dürfen Grundstücke, die der Steuerpflichtige erst nach dem 1. August 1914 erworben hat, zu keinem geringeren Werte als dem Betrage der Gestehungskosten angelegt werden.

Mit diesen Maßnahmen will man dem allem Anschein nach oft unternommenen Versuch entgegenwirken, die Steuer dadurch zu umgehen, daß man den Vermögenszuwachs in Gegenständen veranschreibt, die nach dem Vermögensgesetz nicht steuerpflichtig sind. Außerdem ist nach dem Kriegsteuergesetz die Abgabe bereits zu erheben, wenn der Vermögenszuwachs den Betrag von dreitausend Mark und das Vermögen den Gesamtwert von sechszehntausend Mark übersteigt, während nach dem Vermögensgesetz der Zuwachs erst steuerpflichtig wird, wenn sein Betrag die Summe von zehntausend Mark und das Gesamtvermögen die Summe von zwanzigtausend Mark übersteigt, der Zwischenraum ist demnach nur der Kriegsteuer, nicht der Vermögenssteuer vorbehalten.

Die Abgabe vom Vermögen besteht aus drei Teilen: 1. Einmal die Abgabe von dem Vermögen, deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 zum mindesten in Höhe von neun Zehntel seines Bestandes erhalten hat. Sie belastet also sowohl diejenigen Vermögen, die einen Zuwachs erfahren, als diejenigen, die sich auf gleicher Höhe erhalten, als auch endlich diejenigen, die sich zwar vermindert haben, deren Verminderung jedoch nicht 10 v. H. des Bestandes überschreitet. Gegenstand der Besteuerung ist der Betrag, der jene neun Zehntel übersteigt. Er umfasst demnach im Höchstmaß ein Zehntel des Vermögens und den Teil des Vermögenszuwachses, der von der Vermögenssteuer sowohl in der Höhe der Kriegsteuer wie der Vermögenssteuer frei bleibt. Im übrigen ruht sie auf dem Betrage, der die neun Zehntel übersteigt. Der Steuerfuß ist 1 v. H. Vermögen von nicht mehr als 20 000 M. sind frei; und Abgabebeträge unter 10 M. werden nicht erhoben, so daß wiederum ein Spielraum von 1000 Mark des Vermögenswertes außer Betracht bleibt.

Der Abgabe vom Mehrgewinn endlich unterliegen inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergbauvereine und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Gewerkschaften. Ihre Besteuerung richtet sich im wesentlichen nach dem Vorschriften des Sperrgesetzes vom 24. Dezember 1915, die jedoch verständigerweise in das Kriegsteuergesetz hineingearbeitet worden sind, so daß sich die Besteuerung in der Sache von dem durch das Kriegsteuergesetz vorgesehenen abheben. Als Mehrgewinn gilt der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn, nach den Ergebnissen der fünf den Kriegsjahren vorangehenden Geschäftsjahren — wobei die beiden Geschäftsjahre mit dem besten und schlechtesten Geschäftsergebnisse ausgeschaltet werden — und den jeweils in einem Kriegsjahre erzielten erzielten Geschäftsgewinn, Mindergewinn und Mehrgewinn des betreffenden Kriegsjahres werden gegeneinander ausgeglichen. Für Gesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind besondere Erleichterungen vorgesehen. Die Abgabe ist für inländische und ausländische Gesellschaften verschieden bemessen; bei ersteren wird neben dem

Mehrgewinn auch der Geschäftsgewinn überhaupt berücksichtigt. Die Höchstgrenze ist der Betrag, der nach den Vorschriften des Sperrgesetzes zur Sonderumlage verwendet werden ist.

**Eine neue Bundesratsverordnung über Ausfuhrverbote.**

Berlin, 4. Juni. (RFB. Amtsch.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung über Ausfuhrverbote erlassen. Danach haben die Bundeszentralbehörden vor dem Erlaß von Anordnungen, die für ihr Bundesgebiet oder einen Teil desselben ein Ausfuhrverbot oder Ausfuhrbeschränkungen von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs enthalten, oder in ihrer Wirkung einem solchen Ausfuhrverbot oder einer solchen Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebietes Einspruch zu erheben. Die beim Erlaß dieser Verordnung bereits bestehenden Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Bevor der Reichskanzler ein solches Verlangen stellt, wird er sich mit der beteiligten Landesregierung ins Einvernehmen setzen und dafür Sorge tragen, daß durch eine entsprechende Versorgungsregelung und Preisfestsetzung für die beteiligten Wirtschaftsgebiete eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

**Aus Stadt und Land.**

\* Mannheim, den 6. Juni 1916.

**Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet**

Artillerie-Leutnant d. Res. Dr. Max Siebenmann, Mitglied des Mannheimer Hoftheaters.

Rechtspraktikant Dr. Waldel, Leutnant der Reserve bei der Zentralpolizei des Generalgouvernements in Belgien.

Unteroffizier d. Res. Hans Karl Schweikardt, Sohn des liberalen Staats- und Privatbankiers Hans Schweikardt, jetziger Wirtes zum „Walmengarten“ B 2, 10, hier. Der Dekorierter trägt außerdem die sächs. silberne Verdienst-Medaille.

**Sonstige Auszeichnungen:**

Unteroffizier S. Anap, Res. Regt. 340, Schlosser bei der städtischen Straßenbahn hier, erhielt die belgische silberne Verdienstmedaille.

**An unsere Leser!**

Seit Jahren haben wir besonderes Gewicht darauf gelegt, unseren Lesern möglichst wertigere Kenographische Nachrichten zu bieten. Soweit es möglich war, haben wir diese ausführliche Berichterstattung auch im Kriegsbehalten. Die Durchführung dieser Berichte in Berlin, die Übermittlung von Berlin aber erleidet naturgemäß durch die Kriegsverhältnisse leicht Verzögerungen, die wir nach Möglichkeit auszugleichen und bemühen, aber nicht ganz beseitigen können. Deshalb verhält es sich mit anderen wichtigen Berichten, bei denen wir ebenso wie unsere Leser auf möglichst ungezügelter Wiedergabe Wert legen. Die Folge dieses nicht ganz regelmäßigen Eingehens der Berichte ist naturgemäß eine geringe

Flach Entlastung wurde. Die belgische Familie und der fremde, ungetriebene Gast, dem in der jungen Tochter ein Stück des Lebens seiner sehr geliebten Frau sich offenbart, und die einander freude werden im Warten über die Entlassung. Ein weites, verlässliches Bild, das von dem Bruder in blinder Tollheit zerfallen wird und in der Vernichtung aller seinen Abschlus findet.

Oder: „Die moralischen Seiten“, das runde und kräftige Bild dieser Sammlung mit seinem in wenige Sätze gefaßten Erlebnisinhalt: der junge Offizier, dessen rein menschliches Gefühl beim Anblick hilflos in Massen errichteter Massen aufsteigt, bis zum Höhepunkt und in seiner durch die Pflicht bedingten Gläubigkeit den Menschen niederdrückt. Freunde, die ihr Leben für einander einsetzen, Gatten, zwischen denen Trennung fällt, Mutter und Sohn in ihrer unerschütterlichen Verbundenheit, junge Menschen, die während die Pflicht vor ihr Gefühl stellen, all diese oft gebrauchten, immer wieder gewandelten und aus dem Kartellbild immer neu belebten Motive können durch dieses Buch, das für sich gerufen durch seine schlichte, ganz intentionale Art, die nur verdrückt, was es wirklich hält, und dem man darum in der Zeit von Kriegsgeschichten wohl vertrauen mag.

**Aus dem Mannheimer Kunleben.**

**Winternachricht.**  
Die Geschauführung von d'Albors „Die letzten Klagen“ findet am Freitag, 3. d. Mts., unter der musikalischen Leitung von Lederer statt. Die Oper wird von Hugo Gebel's in Szene gesetzt. Die neuen Dekorationen sind von Ludwig Siebert entworfen.

Verzögerung in der Ausgabe unseres Blattes, so weit wie die Hemmung in der Übermittlung der Berichte unter oft nicht geringen Kosten überwinden können, geschieht es. Wir bitten unsere Leser, diese nicht bei uns, sondern in den jetzigen Umständen liegenden Verhältnisse in Berücksichtigung zu ziehen. Die Verzögerungen in der Zustellung werden durch die Vertheilung ausführlicher Berichterstattung sicherlich vollkommen aufgewogen. Nach Eintritt normaler Verhältnisse werden sie natürlich wieder ganz in Wegfall kommen.

\* **Briefverkehr mit Belgien.** Briefsendungen (persönliche, freigelegte offene Briefe, Postkarten und Warenproben) an die Bevölkerung im Stappengebiet in Belgien und im Kommandanturbezirk Brügge sind künftig nicht mehr nach Brüssel postlagernd, sondern postlagernd Gent Südbahnhof zu richten. Die Aufschrift muß also folgendem Muster entsprechen:

Herrn R. R.  
Rue Royale 1  
Gent amme bei Deuze.

Durch die Stappen-Inspektion Gent postlagernd Gent Südbahnhof.

\* **Schickt keine Bäckchen mit leicht schmelzbaren Stoffen.** Seit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit mehrten sich wieder die Klagen der Truppenkette, daß Bäckchen mit leicht schmelzbaren Stoffen, wie Butter, Feiten, Honig usw., infolge mangelhafter Verpackung beschädigt eingelaufen. Solche Sendungen sind für den Empfänger nicht nur meist wertlos, sondern sie beschmutzen auch viele andere Bäckchen, Briefe und Bettlagen, sowie die zur Verpackung der Lebensmittel dienenden Behälter. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Lebensmittel aus leicht schmelzbaren Stoffen während der warmen Jahreszeit nur in Blechbehältern mit fest schließendem Deckel verschickt werden dürfen, und daß Sendungen solchen Inhalts, wenn sie nur in Pappkästen oder dergleichen verpackt sind, von den Postanstalten unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Von der Verpackung von Butter und Fett ist feld während der Sommermonate kann, wegen der leichten Verderblichkeit dieser Stoffe selbst bei ausreichender Verpackung, nicht dringend genug gewarnt werden.

\* **Zum Verkehr mit Ost:** teilten wir bereits vor einigen Tagen mit, daß nach der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 24. vorigen Monats das Abnehmen der Kauf- und Verkauf von Obst und Beerenfrüchten in unzureichendem Zustand verboten ist. Städtebezirken sind ausgenommen. Weitere Ausnahmen kann das Bezirksamt in besonderen Fällen gestatten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

\* **Keine Aufhebung der Fleischpreise!** Durch die Zeitungen geht allenthalben eine auf einem Berliner Blatt kommende Nachricht, wonach die Aufhebung der Fleischpreise unumkehrbar bevorstehe, weil diese durch die genaue Preissetzung eines Wochenantrags Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung überflüssig geworden seien. Wie die übertriebene Correspondenz auf Grundlegung an der zuständigen Stelle dazu hat, ist auf jeden Fall eine Aufhebung der Fleischpreise in der durchaus nicht beabsichtigt. Dagegen hat das Ministerium des Innern den Kommunalbehörden nahegelegt, dafür Sorge zu tragen, daß die hauptsächlich in den größeren Städten des Landes als sehr unangenehm und höchst empfindlichen Anfeindungen der Einkäufer vor den Regierstellen beseitigt werden. Am dies zu ermöglichen, ist u. a. ins Auge gefaßt worden, die Verteilung der Schlachtungen so zu regeln, daß sie alle Metzger daran beteiligen können und dadurch möglichst viele Verluststellen dem Publikum für keine Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Weiterhin können die Kommunalverbände aber auch den Kundenzwang einführen, d. h. die Käufer müssen sich (ähnlich wie in vielen Städten beim Brot- und Mehlverkauf) bei einem Metzger eintragen, dem dann ein gewisses Quantum Fleisch für seine letzten Kunden zur Verfügung gestellt würde. Die Ausarbeitung dieser Anordnungen bleibt, wie gesagt, dem Ermessen der Kommunalverbände überlassen. Der Hauptzweck ist in verschiedenen außerordentlichen Städten mit Befolgung eingeführt worden.

\* **Winter- und Feldverteilung.** Die Wintermarken werden jetzt nicht mehr gleichzeitig als Feldmarken demitt. Es sind vielmehr die Marken A 6 und A 7 der allgemeinen Lebensmittelkarte als besondere Feldmarken für den Einkauf von je 25 Gramm Speisefett oder Fettöl oder Schweinefett oder Margarine in Kraft gesetzt worden.

\* **Verurteilung von Schulkindern.** Der preuss. Kultusminister hat durch Rundschreiben der höchsten Bedeutung seiner Anordnungen über die Verurteilung von Schulkindern für die Ernte während der Dauer des Krieges allen nachgeordneten Stellen zur Pflicht gemacht. Nach Lage der Verhältnisse müsse verhindert werden, daß auch nur kleine Teile der Ernte, besonders der Obst- und Gemüseernte, weils Obst von der allerschwersten Bedeutung für die Ernährung ist, zahlreiche Obstkinder sind mit ihren Schülern eingezogen. Schulkinder können daher wertvolle Dienste leisten und dabei etwas lernen. Dies gilt auch für die Zubereitung der vielen wertvollen Ergebnisse der Wälder mit Horn, Bucheckern, Eicheln, Pilze und Kräutern usw. — Auch das badische Unterrichtsministerium hat an alle Schulbehörden eine Erlaßung erlassen, in welcher gefordert wird, die Schüler der 5 oberen Schulklassen, soweit eine Notwendigkeit besteht, zur Beschäftigung bei der Obsternte in der gleichen Weise wie für die Teilnahme an den anderen landwirtschaftlichen Arbeiten vom Unterricht an einzelnen Arbeitstagen zu befreien.

\* **Der Schulpflichtunterricht** in den Schulen für Pflege des Schulpflichtunterrichts hat das Unter-

richtsministerium für die badischen Schulen eine besondere Verordnung erlassen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß der Schulpflichtunterricht von besonderer Bedeutung ist. Die Lehrer haben besonders darauf zu achten, daß den Schülern zu allem, was sie in der Klasse zu schreiben haben, stets die nötige Zeit gelassen wird und daß jedes die Sauberkeit, die Genauigkeit und Gefälligkeit der Schrift gefördernde Schriftschreiben vermieden wird. In der Volksschule und in den 6 unteren Klassen der höheren Lehranstalten ist bei den deutschen Aufsätzen, die in allen Klassen mit deutschen Schriftzeichen zu schreiben sind, für die Schrift eine besondere Note beizufügen.

\* **Vom Reichswaisenhaus im Jahr 1915** wird uns geschrieben: Am Samstag fand eine Sitzung des Verwaltungsrates des Ersten Deutschen Reichswaisenhauses statt, in welcher die Jahresrechnung für 1915 und der Haushaltsplan für 1916 beraten und genehmigt wurden. In sicheren Einnahmen sind 71 900 Mark eingestuft, damit 49 770 Mark Ausgaben gegenüber stehen, mithin eine sichere Reineinnahme von 22 130 Mark. Im Jahre 1915 betragen die Einnahmen 219 000 Mark, die Ausgaben für Verwaltungszwecke und Unterhaltsumwand 36 708 Mark. Von den für 1915 eingestuft Ausgaben von 49 770 Mark entfallen auf Kosten und Verwaltungskosten 10 140 Mark, auf Unterhaltsumwand 36 630 Mark, sonstige Anlagen 80 Mark. Im Hauptberichtszeitraum sind in den Haushaltungsbüchern eingestuft 61 000 Mark Zinsen aus Aktivkapitalien, 7000 Mark Zinsen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, da das Reichswaisenhaus eine große Fläche nutzbarer Geländes besitzt. Einen weiteren Kreis interessierender Punkte der Tagesordnung bildete die Heimabfertigung des 1. und 2. Vorstehenden. Als 1. Vorstehender wurde der seit vielen Jahren amtierende Vorstehende, Herr Dr. Moritz Schauenburg, der Verleger des „Badischen Hinkenden Boten“, welcher Vertreter der Entscheidung des Jahres Reichswaisenhauses zu danken ist, wiedergewählt. Auch der 2. Vorstehende, Herr Reichswaisenrat Dr. Schmidt-Bader, wurde wiedergewählt. Eine aus der Mitte der Verwaltungsgesellschaft ausgesandte Anfrage, wie sich das Reichswaisenhaus zur Aufnahme von Kriegswaisen stellen will, führte zu einer längeren Aussprache. Der Vertreter der Deutschen Reichswaisenvereine, Herr Dr. Schmidt, hat sich auch die Hauptversammlung der Reichswaisenvereine, die am 17. und 18. Juni in Berlin abgehalten wird, mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben wird. Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß das Reichswaisenhaus Jahr Kriegswaisen, soweit die für die Aufnahme vorgeschriebenen formalen Vorschriften erfüllt sind, aufnehmen wird. Wenn die Wahl zwischen Kriegswaisen und anderen Waisen vorliegt, sollen die Kriegswaisen zuerst berücksichtigt werden. Bei der Aufnahme von Kriegswaisen soll bezüglich der erforderlichen Unterhaltsumwendungen das gleiche Entgegenkommen gezeigt werden. Am Schlusse des Jahres 1915 befanden sich 62 Häftlinge in der Anstalt, das ist die höchstezulässige Zahl nach der bisherigen Einrichtung des Hauses. Mit der Unternehmung des abweilenden Hauses, das als dem überdachten Vermögen erbaut wurde und gegenwärtig als Kaserne dient, wird Gelegenheit geboten sein weitere Aufnahmen aufnehmen zu können. X.

\* **Verammlung des Sächsischen Eisenbahnerverbandes.** Unter dem Vorsitz des Herrn Schindler fand in Karlsruhe eine große lokale Versammlung des Sächsischen Eisenbahnerverbandes statt. Hauptgegenstand der Verhandlungen über die Verhältnisse der Eisenbahner, eine bessere Bezahlung zu erhalten, die jedoch ergebnislos verliefen sind. In der Aussprache wurden zunächst von verschiedenen Rednern Klagen über allzu geringe Bezahlung geäußert. Dann behandelte die Rolle der Eisenbahner in der Kriegszeit, bessere Entlohnungen für die Eisenbahner zu erreichen. Es wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Da es der Reichs-Regierung nicht unbekannt ist, daß die Lebenshaltung und der Verdienst der Eisenbahner in der Kriegszeit im Vergleich mit den anderen Berufsständen nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist, und da die Eisenbahner in der Kriegszeit eine wichtige Rolle spielen, so wird die Regierung ersucht, die Entlohnungen der Eisenbahner in der Kriegszeit im Vergleich mit den anderen Berufsständen nicht unbeträchtlich zu erhöhen. Die Verammlung wird die Regierung ersucht, die Entlohnungen der Eisenbahner in der Kriegszeit im Vergleich mit den anderen Berufsständen nicht unbeträchtlich zu erhöhen. Die Verammlung wird die Regierung ersucht, die Entlohnungen der Eisenbahner in der Kriegszeit im Vergleich mit den anderen Berufsständen nicht unbeträchtlich zu erhöhen.

\* **Schneefall im Schwarzwald.** Die ersten Vorzeichen des Winters werden auf dem Schwarzwald schon ganz annehmbar. Temperaturrückfälle, selbst man nach den vorangehenden warmen Tagen wieder in die Höhe der Temperaturen steigen mußte. Auf den Höhen des Berges, besonders im Schwarzwald, Schneefälle sind schon zu sehen. Es regnet etwas in der Nacht zum Sonntag.

\* **Geordnet mit feiner erkrankten Maultierbesitzerin** ist in Mannheim eingetroffen. Auf dem Schiffsplatz herrscht durch den Ausbruch der Zirkuskrankheit und der großen Störungen des Lebens. Von höchstem Interesse sind die letzten Wochen der Krankheit der Maultierbesitzerin. Im dem Publikum die Arbeiten, welche die Eisenbahner in der Kriegszeit zu leisten haben, zu veranschaulichen, führen die Augen der Eisenbahner unter Leitung ihres Kommandanten in jeder Hinsicht eine Beobachtung der Verhältnisse an, welche sie an der Front zur Veranschaulichung anderer verdienstvoller Vorkämpfer und zum Nutzen unserer teuren Vaterlandes beitragen. In jeder Hinsicht können angereichert familiäre Mitteilungen

\* Karola Baffermann, Fürs Vaterland. Kriegsteuergesetz, Reichsverlag, Berlin.

Welche Marken sind heute gütig?

Am Dienstag, 6. Juni gelten folgende Marken... Für je 5 Pfund Kartoffeln für m l l i e Marken... Für je 25 g Butter die Marken 41-50 der gelben und grünen Buttermarken...

wurden in allen Klassen der Volksschule die heute geschloffen hatte, Einzelstufen abgebrochen... \* Heidelberg, 5. Juni. Ein Verein für Volkswohlfahrt im Landbesitz...

\* Ruggenbarm, 5. Juni. Metzgermeister Lukas Ufer, der am Himmelfahrtstage gestorben ist, ist am Sonntag beerdigt worden...

Letzte Meldungen. Die Seeschlacht in der Nordsee. Ein Reuterbericht über den Verlauf der Schlacht.

London, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Reuter meldet über die Seeschlacht aus Edinburgh: Der Morgen war außerordentlich schön mit ruhiger See. Um ungefähr 4 Uhr nachmittags, als das Geschwader des Admirals Beatty sich etwa hundert Meilen von der dänischen Küste entfernt befand, meldete die Vorhut, daß der Feind nur ungefähr 100 Schiffe in Sicht sei, darunter waren mindestens 20 Schiffschiffe und Schiffschiffe...

fen. Er bedeckte sich mit Rauch und brachte drei Angreifer zum Sinken oder fügte ihnen doch jedenfalls sehr schweren Schaden zu. Der 'Boliant', rampte ein feindliches U-Boot und bobete es in den Grund. Die Deutschen begannen nun zu fliehen. Die Besatzung von 'Felicor's' Flotte waren über die Weigerung der Deutschen, den Kampf aufzufuchen, aufs höchste entrüstet. Bei Einbruch der Dunkelheit stellten die großen Schiffe das Feuer ein, aber der Kampf wurde während der Nacht bis zum Tagesanbruch von den kleineren Schiffen fortgesetzt. Dann führte die englische Flotte nach den verschiedenen Seiten zurück, da vom Feinde keine Spur mehr zu entdecken war.

Berichte von englischen Verwundeten.

Amsterdam, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Das Reuter'sche Bureau meldet, offenbar übertrieben, Berichte von britischen Verwundeten, die in verschiedenen Häfen angekommen sind. Nach diesen Schilderungen von Episoden aus der großen Seeschlacht ist der 'Hector', 'Shark' mitten zwischen zwei Kolonnen deutscher Geschosse vorgebracht und hat diese angegriffen. Zwei davon wurden torpediert, ehe der 'Shark' selbst infolge des überlegenen Feuers sank. Der Kommandant behauptete, nachdem alle Offiziere getötet worden waren, selbst die Kanonen. Von der 'Queen Mary' wird erzählt, daß sie auf kurzen Abstand gegen ein Schiffschiff kämpfte und zu gleicher Zeit auch gegen einen Zepplin, der auf sie Bomben abwarf. Sie schloß den Zepplin herab, ehe sie selbst durch zwei Breitseiten von dem feindlichen Schiff zum Sinken gebracht wurde. Der 'Horn' und der 'Tiger' waren ebenfalls in ein heftiges Gefecht verwickelt. Der 'Horn' wurde wiederholt getroffen, während der 'Tiger' 10 Minuten lang dem Feuer von etwa 20 Schiffen ausgesetzt gewesen sein soll. Der 'Horn' muß viele deutsche Geschosse in den Grund gehohlet haben. Weiter wurde erzählt, daß die britischen leichten Kreuzer sich denen des Feindes überlegen erwiesen; diese seien (soweit zurückgeschlagen worden) und in dem Durcheinander verloren gegangen sein. Das Logen dieser Winzen wird als die gewaltigste Heldentat der Briten in dieser Schlacht geschildert. Ein englischer Geschützträger will auf der Verfolgung ein Schiffschiff torpediert und versenkt haben. Als der Kommandant besäßen Geschosses, der sich schleunigt in Sicherheit zu bringen verurteilte, sah der Kommandobehörde die Offiziere beglückwünschte, trotz einer Granate die Brücke, wodurch er und vier andere Offiziere getötet wurden. Vom Schiffschiff 'Sindenburg' wird erzählt, daß es von Torpedos getroffen wurde, sah zur Seite weicht, bis das Wasser seine Schwerkraft erreichte und es sank. Der 'Borchester' soll zwei deutsche Kreuzer in den Grund gehohlet haben. Vom 'Derfflinger' wird berichtet, daß er schwer beschädigt wurde und schließlich vor- und rückwärts in Flammen stand.

Die österreichische Offensive.

in Wien, 6. Juni. (Pr. Tel.) Von österreichischen Vordringen an der südöstlichen Front meldet die 'Allg. Ztg.' aus dem Kriegspräse-quantier: Das Zusammenarbeiten unserer Artillerie und Infanterie wird wohl gerade in dieser Kampfe-epoche als Musterbeispiel für solche Aktionen gelten müssen. Schwere Kanonen beschossen die feindlichen Linien bis zu dem Augenblick, da sich die Infanterie hart an die Gräben vorgepresst hatte und gleichzeitig belegte auch schon Sprengfeuer die Gräben hinter der angegriffenen Linie. Das Sprengfeuer wirkte grausamst unter ihnen. Die Brigade Alexandria hatte große Verluste. Die ganze italienische Hauptstellung vor Campolongo wurde in diesen Kämpfen vom General Avepa genommen. Campolongo selbst und Fort Beerna waren in dieser Hochzeit äußerlich vollständig niedergekämpft worden. Der nächste Erfolg reist bereits heran.

Der italienische Bericht.

Rom, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Antifischer Bericht. Im Tale von Doone griffen feindliche Abteilungen am 3. Juni überraschend einen unserer vorgeschobenen Posten bei Balga Staboleto an. Als Verstärkungen eintrafen, machten wir einen Angriff und schlugen den Gegner in die Flucht. Im Bedroh-alle kräftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie ohne uns jedoch Schaden zuzufügen. Im Lagarinala verurteilte der Feind gestern noch der gemachten Besichtigung mit den schwersten Kanonen einen Angriff gegen den Wädhütt der Front Monte Gioso-Terno, während er kräftig die Stellung von Corni-Jugna angriff. Er wurde unter schwersten Verlusten abgewie- sen. Im Vofino-Abhangt Kampf der beider- seitigen Artillerien und Zusammenstoße kleiner Abteilungen. Links der Front Vofino-Afrod unternahm der Feind nach einer aus- gedehnten Artillerievorbereitung eine neue heftige Anstrengung in der Richtung auf den Monte Alva und den Col Vesina. Nach einem heftigen Kampfe zog sich die von unfernen Feuer niedergemachte feindliche Infanterie in Unordnung zurück. In der Gegend des Monte Cengio zwang ein feindlicher mit überlegenen Kräften ausgeführter Angriff in der Nacht zum 4. Juni unsere Truppen ihre Stellungen zu räumen und sich auf eine weiter rückwärts gelegene Linie im Tale von Canaglia zurück- zuziehen, die vorher vorbereitet worden war.

Wir hatten die Beobachtung des Monte Cengio bis Sauri besetzt, an denen sich in des- selben Nacht zum 4. Juni zwei heftige feind- liche Angriffe brachten. Auf dem West der Front Artilleriekampf. — Am 5. Juni brachten unsere Abteilungen von Kühnen Unternehmungen Monte-on Boffen und Gefangene ein.

Der Kaiser und die deutsche Presse.

Berlin, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Was das von der Hauptverwaltung des Vereins deutscher Zeitungsverleger an den Kaiser gerichtete Verordnungsverfahren ist folgende Antwort eingegangen: Potsdam. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Huldigungsgruß des Vereins deutscher Zeitungsverleger gern entgegengenommen und lassen für das er- neute Gelingen treuer Mitarbeit an der gro- ßen Aufgabe der Zeit die besten Wünsche aussprechen. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Barentini, Geheimen Kabinettsrat.

Schwedens Neutralitätspolitik.

Stockholm, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Der Reichstag sagte heute über die verschiedenen Verteidigungsfragen Bescheid. In Ueberein- stimmung mit der Regierungsvorlage wurden für dieses Jahr 75 Millionen Kronen zur Neu- tralitätsverteidigung bewilligt. Ferner beschloß der Reichstag die Bewilligung von sofort dispo- niblen Mitteln für gewisse besonders dringende Verteidigungszwecke und sprach außerdem auch die Zustimmung aus, daß gewisse andere Verthei- digungsbedürfnisse baldigt gekehrt werden sollen und gebracht werden. Während der Debatte wurde von verschiedenen Parteien betont, daß durch den Beschluß der Wille Schwedens, sein Selbstbestimmungsrecht und seine Neutralität zu verteidigen, ausgeschlossen werde.

Karlruhe, 6. Juni. Zum Besuch des Reichstagslers von Weimann Hollweg schreibt die amtliche Karlsruher Zeitung: Die wir- lichen, hat der Reichstagsler seiner Freude über den persönlichen Empfang in Karlruhe mehrfach Ausdruck verliehen. Es ist uns Bemü- gung, dies feststellen zu können und daran die Hoffnung zu knüpfen, daß die selbstlose, an Ver- antwortung und Sorgen so reiche Tätigkeit des Reichstagslers auch fernerhin die dankbare An- erkennung und Würdigung finden wird, die ihr gebühren.

München, 5. Juni. (Pr. Tel.) Minister- präsident Graf v. Caprivi ist, wie die Kor- respondenz Hoffmann meldet, bei seiner kürzlichen Anwesenheit wieder hereingekommen. Er hat die Leitung der Geschäfte des Ministeriums des Innern mit- der in vollen Umfang übernommen und wohnt heute einer unter dem Vorsitz des Königs in der Reichsversammlung Sitzung des Staatsrates bei.

in Wien, 6. Juni. (Pr. Tel.) Die 'Allg. Ztg.' meldet aus Neuzam: Die vor einiger Zeit von den Organisationen des Handels, der Industrie und Landwirtschaft in Neuzam nach Holland entsandten Deputierten, welche die vä- terlich-englischen Handelsbeziehungen regeln sollten, sind hierher zurückgekehrt. Ueber die Ergebnisse der Verhandlungen ist noch nicht bekannt; doch soll das 'National-Verband' erfahren haben, daß das Ergebnis der Reise sehr befriedigend gewesen sei. Es seien wichtige Ab- kommen getroffen worden, wonach die Zölle von Schollen und Futtermitteln nach Dänemark ge- mindert sei.

in Wien, 6. Juni. (Pr. Tel.) Laut der 'All- gemeinen Zeitung' ist wie das 'Pariser Journal' meldet, der australische Premierminister Hughes in Paris eingetroffen. Er begibt sich nach dem Reichs Hauptquartier; heute jedoch an Trient. Er wird gegen Mitte der Woche wieder abreisen.

in Wien, 6. Juni. (Pr. Tel.) Laut der 'All- gemeinen Zeitung' ist die japanische Abord- nung, die an der Pariser Weltausstellung, Konferenz teilnimmt, in London eingetroffen und vom König Georg empfangen worden.

Berlin, 6. Juni. (Von unfer. Berl. Büro.) Der bekannte ehemalige Reichsanwalt Brederel, der freigelegt wegen Unterschlagung gefesselt war, ist gestern zu der zulässig niedrigsten Strafe von einem Tag Gefängnis verurteilt worden. Bre- derel war nämlich von Argentinien, wohin er ge- flüchtet war, unter großen persönlichen Gefahren zurückgekehrt, um unter solchen Namen ins Meer einzustiegen. Hier hat er es durch Toppfer und Mut zum Offizier und Ehrenmann Kreuz gebracht.

Berlin, 6. Juni. (Pr. Tel.) Laut der 'All- gemeinen Zeitung' soll ein Befehl des Reichsministers über die Aufnahme von Volksschülern in die Sexta höherer Lehranstalten be- stimmt erscheinen. Eine besondere Aufnahmeprü- fung der von Vektor oder Kreislichinspektor für die höheren Schulen zeit befristeten Schüler soll fort. Zum Eintritt berechtigt der dreijährige Be- such einer Volksschule.

Berlin, 6. Juni. (Pr. Tel.) Dem Ber- liner Volkswahler' zufolge beschloß sich die Centralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Ber- lins mit allerlei Vorbereitungen für die Freuden- zeit. Unter anderem soll man eine Fremden- stellung planen.

Frankfurt, 5. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Im Monat Mai wurden an der niederländischen Küste 32 Minen angepöblt, wobei 17 englische, 11 deutsche und 4 unbekannter Nationalität waren.

Dressurnamern und artistische Produktionen zur Aufführung. Die Hagenbedischen Dressuren haben seit Jahrzehnten Weltgelt, jedoch Wilhelm Hagen- bed nicht mit Anrecht 'König der Reithierden' genannt wird. Aus seiner Schule gingen die be- deutendsten und überall bewunderten Domptiere, so der jetzige Kommissionsrat Julius Seel, Hel- mann, Köller und Hendrichsen hervor. Helmann führt auch bei dem jetzigen Weltspiel Hagenbeds seine Reitergruppe vor, die in ihrer Führung un- ercennlich bleibt. Löwen, Widlören, braune Löwen, Stiegenhären, Dromedare, Kanari, Koyas, Wind- hunde, Zebus, irrtümliche Reithengstern und de- gleichen mehr, alle verrichten ihre Leistungen in der großen unglaublichen Range unter dem un- erschrockenen Kommando ihrer Reiter und Hän- digerrinnen. Dinge kommen noch die erschaffen- sten Reiterleistungen, Akrobaten, Faustkämpfer usw. Ein sehr gutes Orchester begleitet die Aufführun- gen des reichhaltigen Spielplans. Es lohnt sich Hagenbed zu besuchen und einige erholende Stun- den in ruhiger Zeit zu verbringen, zumal man hierdurch ein Unternehmen unterstützt, das stets gut deutsch war und dem in dieser Zeit des Durch- durchs mit dem höchsten Tischstand sehr höf- lich und erhaben ist. Wie auch in anderen Städten, wo Hagenbed gastierte, sammelt er Wohl- geld, welches von ihm an die Reichsbank einge- zahlt wird. Wegen Umlauf eines Reitermar- chandes in Geld wird ein feiner Platz 2. Rang und eines Zwanzigmarkstückes an feiner Platz 1. Rang verabschiedet. In dem letzten Monat gabte Hagen- bed über 100 Mark in Geld an die Reichsbank- kasse. Morgens 11 Uhr findet die Eröffnung der Hagenbeds statt. Die Nachmittags-Vorstellung beginnt um 4 Uhr, die Abend-Vorstellung um halb 9 Uhr. Sonntags und Sonntags finden ebenfalls je zwei Vorstellungen statt, um 4 und halb 9 Uhr, sowie täglich um halb 9 Uhr Abend-Vorstellung. Täglich morgens ab 10 Uhr ist Stallbesichtigung.

Die Mitglieder Mannheimer Bank und Pantiers haben auf Veranlassung der Rhein- schen Kreditbank der Stadtgemeinde für Wohlfahrtszwecke der Kriegserlösbilanz R. 12 500 zur Verfügung gestellt, die je hälftig für die Kriegskasse und die Speisung von Schulkindern verwendet werden.

Herzogs Huld. Von der in die Lomerie-Ein- nahme Dinkelsam in Bismarck gehaltenen Prämie der Reichs-Schwarzen Klassenlotterie im Be- trage von 100 000 Mark kamen auch zwei Schein in die Verkaufsstelle von Gensich in Lampert- heim. Die Spielkarte eines dieser Schein mußte über verschiedenen Mutter feierzeit versprochen, daß sie die Nummer fünf weiter spielen werde. Die Tochter hat das Versprechen gehalten und ist nun für die Auslösung reich belohnt worden.

Dem Schwelmer Spargelmarkt. Die Zu- fuhren zum Spargelmarkt werden sehr immer ge- ringer. Am Sonntag bringen sie nur etwa 30 Zentner, die zu einem Preise bis zu 70 Pfennig abgesetzt wurden. Die Nachfrage war sehr gering, jedoch für die geringe Zufuhr nicht gerecht werden konnte.

Todesfälle. Nach kurzer schwerer Krankheit ist der Vorstand des Hr. Anwartsamts in Stodach, Oberkammerinspektor Philipp Fuchs, gestorben. Oberkammerinspektor Fuchs kammt aus Remchingen; er erreichte ein Alter von 54 Jahren. Im Jahre 1880 war der Verstorbenen in den badischen Staatsdienst eingetreten und zuerst in Rastheim, dann in Forstheim und Baden-Baden beschäftigt gewesen. Seit 1907 fand er an der Spitze des Anwartsamts Stodach. In Karlsruhe starb Herr Fabianus Karl Schmidt, Mühlbesitzer der Zigarrenfabriken B. Kieper u. Co., im Alter von 64 Jahren.

Aus dem Großherzogtum.

Weinheim, 5. Juni. Im hiesigen Real- gymnasium fand heute anlässlich der heiligen Beischloße eine Siegesfeier mit Befana- tionen und Gefängen statt. Der stellv. Direktor Prof. Mohr-Schneider hielt eine Fest- sprache, die mit einem begeisterten Aufgenommen noch auf Kaiser, Meer und Marine schloß. Ebenso





# Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers.

**Mb. Deutscher Reichstag.**  
12. Sitzung. Montag, 8. Juni 1914.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich.  
Präsident Dr. Karmyß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Vorlage auf Verlegung des Reichstages bis zum 20. September ist eingegangen.

Die Knebelheftenschrift für die Schutzgebiete für 1914 wird ohne Aussprache erledigt.

Die Rechnungen für Staatsschatz für 1909 sowie für den Reichshaushalt für 1914 werden ohne Aussprache in dritter Beratung angenommen.

## Kriegskontrollgesetz. (Dritte Lesung.)

Abg. v. Brockhausen (Kons.)

begündet einen lobenden eingetragenen Antrag seiner Fraktion, noch dem der Reichstag befugt sein soll, Abschriften oder Auszüge von Verträgen über Kriegslieferungen verlangen zu können. Der Zweck der Kriegskontrollkommission war vor allem, unbedeutende Kriegsgewinne zu treffen. Ob solche vorliegen, darüber kann sich der Reichstag nur Gewissheit verschaffen, wenn er in diese Verträge selbst Einblick gewinnen kann. Das ist nur eine einfache Ausdehnung des Staatsrechtes und das verdient die Zustimmung in unserer Rolle. Eine gute Stimmung ist aber auch dabei unbedingt notwendig. Deshalb muß hier Klarheit geschaffen werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich kann den Ausführungen des Redneren nicht ganz folgen. Durch den vorliegenden Antrag sind wir etwas überfordert worden. Es ist nicht ganz leicht, sich über seine Tragweite klar zu werden. Es handelt sich hier aber doch um eine nicht unbedeutende Verschiebung der Kompetenzen zwischen Rechnungshof und Reichstag. Dieses Gesetz soll die Arbeiten des Rechnungshofes beschleunigen; es gibt ihm eine ähnliche Grundrichtung, wie sie seinerzeit bei dem Krieg in Süddeutschland beschlossen worden ist. Der Antrag bewegt sich auf einem ganz anderen Boden, er bezieht sich auf das Verhältnis des Parlamentes zu den Verträgen, die über Kriegslieferungen abgeschlossen worden sind. Das hängt mit dem Zweck dieses Gesetzes gar nicht zusammen. Ich halte es auch nicht für möglich, daß die Kompetenzen des Rechnungshofes durch Kompetenzen des Parlamentes in gewisser Weise durchkreuzt werden. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Abg. Raske (Soz.):

Ich kann dem Staatssekretär im allgemeinen zustimmen. Der Antrag steht nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Kriegskontrollgesetz. Diese Vorlage entspricht einem ausdrücklichen Wunsch des Reichstages. Der Bundesrat hat sich eng an unseren Wunsch angelehnt.

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Wir müssen unbedingt die Möglichkeit haben, die Form des Abschlußes von Kriegsverträgen prüfen zu können. Ich gebe aber zu, daß der Antrag etwas pläjäsch gekommen ist. Da eine Beratung hierüber im Ausschuß noch nicht möglich gewesen ist, so schlage ich vor, das Gesetz nochmals an den Haushaltsausschuß zu überweisen.

Abg. Wasserhann (Natl.):

Der Antrag hat wertlos eine große Tragweite. Es ist fraglich, ob der Reichstag sich mit der Prüfung veranlagt Rechnungshofen in allen Einzelheiten befassen kann. Der Rechnungsausschuß wäre jedenfalls die geeignete Stelle, diesen Antrag zu prüfen. Ich bitte daher, das Gesetz an den Rechnungsausschuß zu überweisen.

Abg. Graf Westarp zieht seinen Antrag auf Überweisung an den Haushaltsausschuß zugunsten der Überweisung an den Rechnungsausschuß zurück.

Das Gesetz wird nun mit dem Antrage an den Rechnungsausschuß verwiesen.

## Die Änderung des Reichsvereinsgesetzes. (Zweite Beratung.)

Durch diese Vorlage soll im wesentlichen den Gewerkschaften und ähnlichen Berufsvereinen, auch solchen der Arbeitgeber, größere Bewegungsfreiheit geschaffen werden. Sie sollen nicht mehr als politische Vereine gelten, wenn sie darauf verzichten, rein politische Fragen, Wahlrechtfragen und Verfassungsfragen zu erörtern. Ferner wird die Mitgliedschaft gegeben, auch jugendliche Personen unter 18 Jahren als Mitglieder in die Gewerkschaft aufzunehmen.

Der Ausschuß hat bei der Regierungsvorlage zugestimmt und weitergehende Wünsche abgelehnt. Er schlägt eine Reihe von Einschränkungen vor, wonach z. B. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen auf Vereine beschränkt werden, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen des Staates und der Gemeinden das Vereins- und Versammlungsrecht nicht durch das Disziplinar- oder Vertragsrecht über das notwendige Maß hinaus beschränkt werden. Dem Reichstag soll baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der das Arbeits- und Vertragsrecht der hiesigen Arbeiter und Dienstboten für das ganze Reich einheitlich regelt, der insbesondere auch die Strafbestimmungen gegen länder Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Versäumnissen zur Einstellung der Arbeit aufhebt.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schlägt eine Reihe von Änderungen vor und will die maßgebende Bestimmung der Neuordnung so fassen, wie sie bereits von einem Reichstagsausschuß im Jahre 1912 beschlossen wurde, nämlich: „Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.“ Nach dieser Fassung sollen also auch Erörterungen über rein politische Fragen, Wahlrechts- und Verfassungsangelegenheiten zugelassen sein.

Der Ausschuß hat sich auch eingehend mit dem Sprachparagrafen beschäftigt. Von verschiedenen Seiten wurde seine Aufhebung verlangt. Da die Regierung sich aber dagegen

erklärte, würde eine solche Forderung in die Ausschuhentwürfe nicht aufgenommen. Wohl wurde aber ein besonderer Initiativ-Gesetzentwurf beschlossen, der im Anschluß an diese Änderung des Vereinsgesetzes, aber nicht im Rahmen innerhalb der Vorlage, angenommen und dann der Regierung übermittel werden soll.

Abg. Gröber (Zentr.):

Die Regierung würde gut tun, die im Ausschuß abgegebene Erklärung über das Verhältnis der Schulsache zur Disziplin des Lehrers auch hier öffentlich abzugeben.

Abg. Heine (Soz.):

Es handelt sich um ein Notgesetz. Der jetzige Zustand darf nicht über den Krieg hinaus dauern. Jede verlässliche Kundgebungsmaßnahme muß verschwinden. Die Aufrechterhaltung des Sprachparagrafen ist ein Zeichen mangelnden Willens und mangelnder Kenntnis. Der politische Kampf muß von einer höheren Stelle aus geführt werden, nicht mit heimlicher Verhüllung. Das gilt auch für die Abkürzung der Jugend von der Politik. Das öffentliche Leben übernahmert heute alles, deshalb muß mit jedem Anstrengungsmittel.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fortf. Fr.):

Worum hat man mit der behaupteten Kriegssache auf dem Gebiet des Versammlungswesens nicht gebrochen. Ueberlasse man doch eine solche Handhabung unseren Feinden. Unsere im vorigen Jahre vorgeschlagene Lösung wäre besser als die jetzige geworden. Die deklaratorische Bedeutung des Gesetzes ist auch politisch wirksam, weil sie viel Verwirrung beseitigt. Eine Wortfassung, die jedes Mißtrauen gegen solche Auslegung ausschließt, läßt sich nicht finden. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden müssen begreifen lernen, daß es sich um ein Vertrauensgesetz gegenüber den Organisationen handelt. Die Tendenz, das hier ein Dank für die opferbereite Haltung der Gewerkschaften abgeleitet wird, darf nicht vernachlässigt werden. Die Redaktionspolitik muß aufhören. Das Gesetz hat sich jetzt zu einem Doppeltgesetz ausgewandelt.

Die Aufrechterhaltung der Sprachbestimmung ist vom Leben. Der Reichstag hat ja auch den Vollen eine selbständige Entwicklung ihrer eigenen Tätigkeit. Den russischen Vollen kann man aber doch nicht mehr Rechte als den Deutschen gewähren. Hier muß die Neuorientierung einziehen. Der Abbau muß bald erfolgen. Die gesamte Jugend soll durchaus nicht in die Politik gezwungen werden, wie solche Eingänge anzunehmen scheinen. In Gewerkschaften sollen die jugendlichen Aufnahme finden dürfen. Gewerkschaften besorgen den Schutz der Berufsarbeiter, die jugendlichen bedürfen seiner am meisten. Große Jugendlicher werden die Gewerkschaften selbst hinstellen. Sollen belassen sie die öffentliche Meinung gegen sich und selbst überfordern in ihren eigenen Reihen. Wir haben Vertrauen zu den Gewerkschaften, darum mögen wir den Schritt. Vergänglich wäre es, die Jugendlichen vor den freien Gewerkschaften bewahren zu wollen. Die sozialdemokratische Werbung findet schon Wege, an die Jugend heranzuführen. In die Wahlversammlungen soll die Jugend nicht hinein. (Beifall.)

Abg. Jund (Natl.):

Wir stimmen für die Novelle zum Vereinsgesetz als einem Teil eines von uns gebilligten Gesetzentwurfes. In Bezug auf die Jugendlichen sowie auf die Vollen und die Sprachentzweigung ein Teil unserer Fraktion eine ablehnende Stellung ein und wird sie bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Dagegen stimmen wir geschlossen gegen die sozialdemokratischen Forderungen, deren Vorgehen wir vorzuziehen, da wir sie aus dem Ausschuß kennen. Ihre Annahme würde das Gesetz gefährden. Wer das Gesetz will, darf nicht für diese Anträge stimmen.

Abg. Dertel (Kons.):

War es nötig, während des Krieges diese Fragen anzuhören? Die Regierungen wollten doch diese Fragen erst nach dem Kriege regeln. Soweit wir bei der Gesetzgebung mitgewirkt haben, entsprechen die Gerichtsentscheidungen unseren Hoffnungen. Aber selbst wenn man diese Entscheidungen für irrig hält, so liegen doch keine Gründe vor, die Sache zu regeln, da die Entscheidungen außer Kraft gesetzt werden und ähnliche nicht zu befürchten sind. Wir sehen in diesem Gesetz den ersten kleinen, vielleicht ganzhaften Schritt in die Reformen der sogenannten Reorganisation hinein. Der frühere bayerische Staatsminister Dr. v. Landmann schrieb in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, die Vorlage sei ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber den größten politischen Organisationen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, eine Dankerkartung an diese Partei für ihre Haltung während des Krieges. Also: ein Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie. (Widerpruch bei der Soz. Fraktion.) Das hat der Abg. Heine selbst im „Norma“ geschrieben, und der ist mir in diesem Kriege eine bessere Autorität für Gewerkschaftfragen als Sie (zu der Soz. Fraktion) in diesem Winkel. (Beifall.) Es handelt sich hier um ein abschließendes Sondergesetz zugunsten aller Gewerkschaften; denn bei den Arbeitgeberorganisationen gibt es wohl keine Jugendlichen.

Das Gesetz ist keine Auslegung, sondern eine erhebliche Änderung, obgleich der Abg. Heine im Ausschuß auf dem Pech der Sozialisten herumgeritten ist. (Beifall.) Auch wir sind zu einem Entgegenkommen bereit und haben es durch einen Antrag zum Ausdruck gebracht: die Annahme des Vorhabens und die Einreichung der Satzungen der Gewerkschaften zu erlassen. Unsere Jugendlichen dürfen nicht sofort bestimmten Kernbestimmungen, die sich mit Unvorsichtigkeit befehlen, verstoßen. Die Bestimmungen der Vorlage werden weder für die Jugendlichen noch für die Gewerkschaften dieser Parteien geltend; das deutet nicht nur der Abg. Dr. Jund an, sondern wir werden vielleicht solche Äußerungen auch aus der Mitte der Sozialistischen Partei hören; ich will keinen Namen nennen! (Beifall.) Auch die „Sächsische Volkszeitung“ brachte einen Artikel in diesem Sinne. Das gleiche gilt auch wohl gegenüber den Mitgliedern der Deutschen Fraktion, soweit sie der Reichspartei angehören; mögen sie auch der Fraktionseinheit hier ein Opfer bringen. Landwirtschaft und Industrie teilen meine Bedenken. Die Herren vom Zentrum beweisen ich vor allem auf den Entschiedenheit des bayerischen Landvolkes. (Beifall.) Auch der Bund der vaterländischen Arbeitervereine ist nicht auf diesem Standpunkt! (Zuruf bei den Soz. Nationalen.) Ich weiß, er gilt nicht viel bei Ihnen. (Zurück rufen bei den Soz. Nationalen.)

Die Fraktion wird mit der Haltung des Abg. Dr. Müller-Reinigen wenig einverstanden sein. Kann man den Fortbildungskursen den Einfluß an die Gewerkschaften verweigern? Geht hier Reichsrecht vor Landrecht? Ich bitte um

Aussklärung, daß hier die einschläglichen Bestimmungen aufrecht erhalten bleiben. Geistliche bei der Bekämpfung haben sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Das kann man nicht damit abtun wollen, daß sich die Leute ein „Gespenst“ konstruieren hätten. Wir führen einen ausschließlichen Kampf. Das ist und nicht. Ebenfalls ist klar, daß die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit uns gegen das Gesetz stimmen. Diximus et salvavimus animas nostras.

Der erste Schritt auf der Bahn der Neuorientierung ist der Vorschlag für die Jugend, für die Volksschule, für unsere gesamte Entwicklung und vor allen Dingen für die Aufrechterhaltung der in unserer Zeit so bitter notwendigen Autorität. Wir warnen! Wir können Sie nicht aufhalten. Aber wir gehen nicht mit (Beifall rechts.)

Wir werden auch in Zukunft wohl noch manchmal in die Lage kommen, gegen die Mehrheit des Hauses zu stimmen.

Abg. Lehmann (Deutsche Fr.):

Wir stimmen für die Vorlage, lehnen aber alle weitergehenden Anträge ab. Der öffentliche Arbeiterkampf hat die Vorlage als Ausdruck des Vorwärtens der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern begrüßt. Das Gesetz ändert nichts an dem gegenwärtigen Zustand gegenüber den Jugendlichen. Säuglinge sollen doch in den Berufsvereinigungen nicht das Wort nehmen können. Daran werden sie die vernünftigen Arbeiter schon zu hindern wissen. Die Gewerkschaften haben in ihren Versammlungen wirklich etwas Wichtiges zu tun. In die Schulung greift das Gesetz nicht ein. Wenn einzelne evangelische Schulen sich gegen das Gesetz ausgesprochen haben, so frage ich: wo bleiben die übrigen Schulen? Wo bleibt namentlich der evangelische Oberlehrer? Die Bedenken können da wohl nicht allzu wichtig sein.

Ministerialdirektor Reinald:

Das Gesetz wird mit großer Mehrheit im Hause angenommen werden. Ich möchte aber vorher noch einige Fragen beantworten. Für die Frage der Schulsache gilt noch die Erklärung, die der Staatssekretär Dr. Helfferich 1912 abgegeben hat, wo er sagt, das Vereinsgesetz gestalte nicht, auf ihm ein verantwortliches Koalitionsrecht aufzubauen; das Gesetz sei nicht geeignet, das Recht der Eltern, Vorkämpfer, Erzieher und Lehrern zu beeinträchtigen. Für die Schulen liegt die Sache ganz klar. Kein Koalitionsrecht kann Gewerkschaften über 18 Jahre hindern. Versammlungen zu besuchen, niemand kann aber den Direktor hindern, solche Schüler in den Rarzer zu lassen. Bei den Fortbildungsschulen gibt die Gewerbeordnung nur ganz allgemeine Bestimmungen, alles weitere ist den Einzelstaaten vorbehalten. In Preußen würden die allgemeinen Gesichtspunkte der Schuldisziplin Anwendung der Disziplinarergänzung dadurch Grenzen gezogen sind, daß die Schüler in erster Linie gewerliche Arbeiter sind.

Gegenüber dem Abgeordneten Dr. Dertel muß ich betonen, daß es sich um ein Deklarationsgesetz handelt. Unter dem gegenwärtigen Rechtszustand gehören zahlreiche Vereine unter 18 Jahren den Gewerkschaften an. In allen Gewerkschaften wird angeordnet im Sinne der mittelständlichen Sozialpolitik Politik getroffen. Könt man nun Politik in diesem Sinne auf, wie es das Oberverwaltungsgericht in seiner bekannten Entscheidung tat, so möchte ich mir mal die Gewerkschaft zeigen lassen, die hier noch nicht gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen. Dürfte man da den Jüngern fortbilden lassen, daß Dundertauende von Vereinen gegen ein Gesetz verstoßen, während doch, was sie tun, nur dem Willen des Gesetzgebers entspricht, wie dieser seinerzeit ausdrücklich ausgesprochen worden ist? Wieviel Jugendliche den Gewerkschaften angehören, läßt sich nicht feststellen, jedenfalls ist aber nach den vorliegenden Untersuchungen ihre Zahl recht klein, weil ihnen im allgemeinen noch das nötige Verhältnis hierfür fehlt.

Der Abgeordnete Dertel hat ja auch keine Bedenken dagegen geäußert, daß jugendliche den Gewerkschaften angehören, sondern nur dagegen, daß sie sich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen befassen können. Kann denn aber nicht der Klassenkampf bei Aufnahmen in viel höherem Maße geschult werden? (Sehr richtig.) Die Verhältnisse der Politisierung der Jugend, die Gesetz einer Politisierung der Jugend, dieses Gesetz trägt aber nicht dazu bei, sondern will nur verhindern. Dieses Gesetz trägt aber nicht dazu bei, sondern will nur verhindern, daß zu unecht bald gegen die eine, bald gegen die andere Gewerkschaft vorgegangen wird. Die Vorlage hat in der Kommission erfreulicherweise keine Änderung erfahren. Ich bitte Sie, auch hier den Entwurf unverändert anzunehmen.

Abg. Herzfeld (Soz. N.-O.):

Wir sind gegen das Gesetz, weil es uns nicht weit genug geht. Wir fordern die sofortige Beilegung des Sprachparagrafen. Dieses Gesetz wird den Klassenkampf nicht ändern. Es ist ein Vorhaben, den man den Arbeitern bittet. Man hat die Gewerkschaften entgegenkommen, weil sie eine Macht im Staate erworben sind, weil sie 25 Millionen Mitglieder und 80 Millionen Mark Vermögen haben. Der Redner wendet sich gegen die alte sozialdemokratische Koalition, weil sie dem Gesetz zustimmt. Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften (Heiterkeit); ein Ausnahmengesetz gegen die Staatsarbeiter. Es ist ein Gesetz für „eine“ Gewerkschaften. Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, ihre Vorlage müsse Wort für Wort, Silbe für Silbe, angenommen werden. (Ministerialdirektor Reinald widerpricht.) Will man die Lohnarbeiter weiter in der Heiligkeit lassen? Ihre Arbeiter haben sich recht in der Kriege die Taschen mit Gold gefüllt! Abschlagszahlungen, die unannehmbar wären, hätten wir entgegengenommen. Aber durch das vorliegende Gesetz werden Transferrungen der Gewerkschaften nicht ausgeschlossen.

Auf Antrag Ebbas (Natl.) wird die Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Aufhebung des Sprachparagrafen namentlich sein.

Abg. v. Losqemski (Natl.)

fordert die Beilegung des Sprachparagrafen. Eine Änderung des Reichsvereinsgesetzes ohne Ausmerzung der Ausnahmeparagraphenbestimmung trifft nur von neuem die alte Wunde an.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Im Ausschuß hat der Regierungsvorleser erklärt, daß Vereinsvereine nicht schuldig deshalb für politische Vereine erklärt werden sollen, weil sie aus Reichsangehörigen nichtnationaler Nationalität bestehen. Damit ist festzustellen, daß auch für den Reichsangehörigen politische Vereine nicht schuldig sind. Das Gesetz immerhin eine Verleumdung des Reiches. Das kann man nur beklagen, wenn man den verheerenden der verschiedenen Regierungen eine absolute Ausführung unterstellt.

Im Verlaufe von Initiativanträgen pflegt sich die Regierung nicht zu beteiligen. Davon abgesehen (siehe ich im vorliegenden Falle um so weniger Veranlassung, als die verbündeten Regierungen in den Ausschussberatungen über das Vereinsgesetz aus denen der Initiativantrag hervorgegangen ist, in der bestimmbaren und unabweislichen Weise erklärt haben, daß sie in den gegenwärtigen Verhältnissen über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinaus nicht hinausgehen können. Mit besonderer Deutlichkeit ist das gerade auch gegenüber dem Antrag auf Streichung des Sprachparagrafen des Vereinsgesetzes erklärt worden.

Die verbündeten Regierungen haben zwar geäußert, berechtigten Wünschen durch eine Deklaration Rechnung tragen zu können, die eine mit den Absichten des Gesetzgebers nicht im Einklang stehende Anwendung des Gesetzes nach Möglichkeit ausschließen soll. Aber sie glauben nicht, auf einem bisher immerhin bestehenden Boden Veränderungen bestehender Gesetze vornehmen zu können, solange der Krieg von Dauer und der Friede noch nicht gesichert ist.

Alle Arbeitsanspannung gehört zunächst dem Krieg, der Erlämpfung des Sieges, der Sicherstellung eines Friedens, der uns gestattet, unbehelligt von außen unser Haus neu zu besitzen und die Arbeit an der Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes, an der Hebung seines gesamten Lebensstandes wieder aufzunehmen. Die Reueinstellung unseres Volkes wird sich vollziehen auf der Grundlage des Erkenntnisses, daß dieser Krieg für unser Volk und jeden einzelnen von uns bedeutet. Wer durch diesen großen Erlebnis hindurchgeht, ohne es innerlich bis in alle Tiefen zu empfinden, ohne bis in alle Tiefen davon erfüllt zu werden, der hat kein Herz und keinen Verstand dafür.

In dieser großen und schwierigen Zeit ist, so hoffen wir zuversichtlich, das Bewußtsein der Staatsbürgerpflicht, die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten in allen Schichten des Volkes gereift. In trübseligem Zusammenstehen, in der Beweinlichkeit der Toten und der Opfer mühte sich das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Berufsstände, der einzelnen Klassen, der einzelnen Konfessionen wandeln und klären. Das gleiche erwarten wir mit Rücksicht auch für das Verhältnis zwischen den nicht deutschsprachigen Teilen unserer Volksgemeinschaft und dem großen deutschen Grundboden unseres Reiches.

Dem neuen Inhalt werden selbstverständlich neue Formen entsprechen müssen. Die Aufgaben, die uns hier bevorstehen, sind so umfangreich und so weitreichend, sie hängen auch so eng miteinander zusammen, daß es nicht angeht, die eine oder die andere Frage, mag sie für den einzelnen noch so wichtig und noch so brennend scheinen, getrennt für sich vorzunehmen und zu behandeln.

Man soll die Früchte nicht pflücken, ehe sie reif sind. Das sie gut ausfallen, liegt mit in Ihrer Hand. Sie können vorarbeiten, ein jeder in seinem Wirkungsbereich, daß unser Volk in allen Teilen das Ergebnis des Weltkrieges im rechten Geiste aufnimmt, daß die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten, daß der Geist der Einigkeit und Brüderlichkeit, der Geist der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Vertrauens in unserem Volke bis über den Krieg hinaus erhalten bleibt und Frucht trägt.

Das ist der Boden, meine Herren, auf dem wir zu bauen haben werden. (Gruße bei den Sozial.) Ich habe zu unserem Volke das Vertrauen, daß dieser Boden da sein wird. Ich habe zu unserem Volk in allen seinen Schichten den Glauben, daß nach dem Weltkrieg mehr als je jeder von dem Bewußtsein und von der Erkenntnis der ewigen Wahrheit durchdrungen sein wird, daß Rechte nur auf dem sittlichen Boden der Pflichten gedeihen können. (Beifall.)

#### Abg. Hansen (Däne):

In Flandern und in Polen verteidigen Sie das Recht auf die Muttersprache, hier in Deutschland verlangen Sie es uns. Bei uns in den Grenzländern ist von Neuorientierung nichts zu spüren. Die Anwendung des Sprachparagrafen ist noch beschränkt worden, die Altinstituten dürfen ihre Generalversammlungen nicht mehr in dänischer Sprache abhalten. Deshalb stehen wir der Neuorientierung mit Widerstand gegenüber. Wir verlangen nur Gleichheit.

#### Abg. Kerschbamer (Fortf. v. p.)

spricht im Gegenfah zu seiner Fraktion sich gegen die Zulassung der Jugendbewegung zu den Gewerkschaftsversammlungen aus. Die Grundbedingung der Gewerkschaften aus den politischen Vereinen und ihre Rechte, sich den Redevorträgen zu erziehen, erstreckt sich durchaus an. In die Versammlungen gehören aber die Jugendlichen nicht hinein. Das gilt für die geschlossenen wie die öffentlichen Versammlungen. In den geschlossenen wachen sich die Mitglieder gegenseitig die Hände, in den öffentlichen die Hände anderer (Heiterkeit.) Das geschieht nicht immer mit Rosenkranz und Quasimodo, sondern mit Schmierseife und Spülwasser. (Erneute Heiterkeit.)

Bei den Griechen und Römern hielt man die Jugend möglichst lange vom öffentlichen Leben fern. Erst in der Zeit des Niederganges des alten Roms, als die Jünglinge ihre toga praetexta schon mit dem 15. Jahre erhielten, wurde es dort anders. Wir halten unsere Jugend der höheren Schulen möglichst von den öffentlichen Versammlungen fern. Das sollte auch bei der übrigen Jugend der Fall sein. Unsere Jugend muß zur Achtung vor dem Gegner erzogen werden. Sie muß wissen, daß die rücksichtslose Verfolgung der eigenen Interessen das Staatsinteresse und damit letzten Endes das eigene schädigt. Die Staatsgefährdung der Jugend leidet schweren Schaden, wenn sie schon in politische Versammlungen hineinkommen.

Die Jugend muß die Ideale pflegen. Vor allem gilt das für das Zentrum und die Sozialdemokraten. Wir Liberalen haben ja leider keine. (Gruße d. d. Sozial. Absolut Heiterkeit.) — Ideale haben wir schon, aber keine so bedeutende Jugendbewegung. In den Grundfragen sind der Abgeordnete Müller-Reinigen und ich vollkommen einig; er braucht sich also nicht zu bessern — wenigstens nicht in dieser Beziehung. (Große Heiterkeit.) Es wird eine Zeit kommen, wo wir an den Jugendlehren erinnert werden und die Weisheit, die wir gerufen, nicht mehr kommen können. (Beifall rechts.)

#### Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Der Widerstand der Rechte beweist, daß der Gesetzesentwurf auf dem richtigen Weg ist. Ohne Versammlungen kann man die Jugendlichen nicht gewinnen. Der jugendliche Arbeiter muß die Zusammenhänge des Arbeitsprozesses so früh wie möglich erkennen lernen. Unsere Kinder werden auch weiterhin sozialistisch-proletarisch erzogen werden. Das lassen wir uns nicht nehmen.

#### Abg. Müller-Reinigen (Fr. v. p.) als Mitberichtersteller:

Der § 17 wird nicht aufgehoben, sondern interpretiert. 1905 haben wir die Gewerkschaften für nicht politisch gehalten. Das beweisen die Ausfüllungsbestimmungen z. B. der bayerischen Regierung. Jetzt wird gegenüber der bisherigen unrichtigen Praxis der Begriff der Gewerkschaften auf den eigentlichen Kern der öffentlichen Versammlungen beschränkt. In öffentlichen Versammlungen haben Jugendliche keinen Zutritt, auch über wirtschaftlich-logische Fragen nicht. Alle pädagogischen Befürchtungen fallen also zusammen.

#### Abg. Dobe (F. v. p.):

Mein Freund Kerschbamer hat nicht als Politiker, sondern als Pädagoge gesprochen.

#### Abg. Stadthagen (Soz. Arb.-Gem.):

Wir sind gegen die Vorschläge, die die Vorlage birgt.

#### Abg. Graf Westarp (Kons.):

Der Aufhebung des Sprachparagrafen können wir nicht zustimmen. Alle diese Fragen müssen nach dem Kriege einheitlich geregelt werden.

Die Aussprache schließt die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft werden gegen die Antragsteller und die Polen abgelehnt. Für den konserverativen Antrag, wonach die Gewerkschaften nicht verpflichtet sein sollen, den Vorstand anzumelden und die Sitzung einzutreten, stimmen nur die Antragsteller.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung angenommen, ebenso auf Antrag des Abgeordneten Dr. Spahn (Zent.) in dritter Lesung. Dagegen stimmen die Konserverativen, die Reichspartei und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Die Entschlüsse des Ausschusses wurden angenommen. Die namentliche Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf, wonach der Sprachparagraf gestrichen werden soll, wird zurückgestellt.

### Die dritte Lesung der Kriegsteuern.

Auf der Tagesordnung stehen weiter sämtliche Steuergesetze, nämlich die Kriegsteuer, der Warenumsatzsteuern, die Erhöhung der Tabakabgaben, die Reichsabgabe zu den Post- und Telegraphengebühren, der Brauchsteuersteuern.

#### Abg. Scheidemann (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion kann neuen Belastungen, durch die in erster Linie die Klasse der kleinen Geschäftleute und Arbeiter belastet werden, nicht zustimmen. Durch die steuerliche Belastung ist heute schon die Lebenshaltung des Volkes erschwert. Die Ablehnung von Verbrauchs- und Verbrauchsabgaben ist heute Pflicht, weil sonst die Massen in ihrer Existenz gefährdet sind. Wir lehnen die Erhöhung der Tabaksteuer, ebenso die Verbrauchssteuern als den wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und der Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft schädlich ab. Die für die Ausgleichung des höheren Haushalts nötigen Mittel hätten ohne neue Steuern durch sparsamere Bekleidung des Volkes beschafft werden können. Das deutsche Volk wird aus der ersten Kriegsteuernreform seine Lehren ziehen und für eine entsprechende Beteiligung im Deutschen Reichstag sorgen.

#### Abg. Hanse (Soz. u. G.):

Wir stehen einem festen Block der bürgerlichen Parteien gegenüber, der die von der Regierung vorgeschlagene Belastung des Verzehrs und Verbrauchs durch die Ausbeutung des Warenumsatzsteuern noch gewaltig vermehrt hat. Die sozialdemokratischen Anträge dagegen wurden abgelehnt. Das jetzige Kriegsteuergesetz hat zum Zweck mittelbar zur Folge, eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer zu veranlassen, es ist ein Eigenblut zur Bekämpfung der Bekämpfung des Volkes. Die Konserverativen, die dem Steuerwert den Stempel ihres Missvergnügens aufgedrückt haben, müssen es verantworten. Wir lehnen die Steuern ab.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hatte, fand auch eine Einzelaussprache nicht statt.

#### Abg. Baffermann (nl.):

beantragt, das Kriegsteuergesetz en bloc anzunehmen, vorbehaltlich der namentlichen Gesamtbestimmung. Das Gesetz wird en bloc angenommen. Die anderen Steuervorlagen werden ohne Aussprache angenommen.

### Namentliche Abstimmungen.

Darauf finden namentliche Abstimmungen statt. Zunächst wird über das Kriegsteuergesetz namentlich abgestimmt. Es wird mit 313 gegen 24 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen stimmen mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die konserverativen Abgeordneten Graf Westarp, v. Hebbewand, v. Bonin, Gottschall, v. Wöhlendorf-Wilpin.

Die namentliche Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf des Ausschusses, wonach der Sprachparagraf im Vereinsgesetz gestrichen werden soll, ergibt dessen Annahme mit 266 gegen 74 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Dagegen stimmen die Konserverativen, die Reichspartei, einige Nationalliberale und einige Mitglieder des Zentrums.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fortf. v. p.) wird sogleich die dritte Lesung vorgenommen.

#### Abg. Seyda (Pole):

Durch die Abstimmung hat das Haus zum zweitenmal während des Krieges seinem Verlangen Ausdruck gegeben, den unglückseligen Sprachparagrafen zu beseitigen und zwar sofort und nicht erst nach dem Kriege. Trotz der abweisenden Haltung des Staatssekretärs des Inneren glauben wir der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß die verbündeten Regierungen diesem wiederholten Beschlusse des Reichstages bei nachmaliger Erwägung der Verhältnisse Folge geben werden. Sollte es nicht der Fall sein, so würde man dann eine unbegriffliche Nichtachtung gegenüber Beschlüssen des Reichstages erwidern müssen. Die politische Wendung müßte aber daraus den Schluß ziehen, daß die verbündeten Regierungen in Wirklichkeit eine Veränderung der Verhältnisse nicht haben wollen, daß es nach dem Kriege beim alten bleiben wird, und daß es heißen wird: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Darauf wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

### Die dritte Lesung des Etats.

Am Tische des Bundesrats ist der Reichsfänger v. Bethmann Hollweg erschienen, mit ihm außer dem Staatssekretär Dr. Helfferich, der schon zu Beginn der Sitzung anwesend war, die Staatssekretäre v. Jagow, Kraetzke, Graf Roedern, Liska, ferner v. Rangenmann, Habenstein, Wahnschaffe.

#### Reichsfänger v. Bethmann Hollweg:

Der Reichstag hat soden mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, die das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete Finanzwirtschaft fortzuführen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der Nation verdient und unseren Feinden gezeigt, daß wir auf allen Gebieten bereit und willens sind, auszuhalten. Ich habe die Ehre, namens der verbündeten Regierungen diesen Dank hier abzusprechen. (Beifall.)

Ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen. Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember, habe ich zum ersten Male auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Ich konnte das tun in der Überzeugung, daß die Kriegslage weiter verbessern würde.

Die Entwicklung hat unsere Überzeugung bestätigt. (Beifall.) Weitere Fortschritte sind gemacht. Auf allen Fronten sind wir noch härter geworden. (Beifall.) Wenn ich bei dieser Entwicklung damals aussprechen konnte, daß wir bereit zum Frieden wären, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot beim Feinde keinen Erfolg gehabt hat. In der kritischen Zeit vom Juli 1914 war es die Aufgabe eines jeden von Gott, vor dem Vaterlande

und vor seinem Bewußtsein heranzutreten. (Beifall.) Nicht ungelesen zu lassen, was in Ehren den Frieden erhalten konnte. (Beifall.) Ebenso haben wir nach erfolgter Woche unserer Feinde nichts unberührt lassen wollen, was geeignet war, die großen Erschütterungen Europas noch mitten in diesem Kriege abzufügen. Später habe ich einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen ihr Ziel nur erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegsführenden Länder geführt würden auf Grund der Kriegslage, wie sie die Kriegslage zeigt. Von der anderen Seite ist das gerühmt worden. Man hoffe, die Kriegslage noch zu verbessern. Inzwischen hat sich die Kriegslage verändert, zu unseren Gunsten. (Beifall.)

Wir haben die Uebergabe der englischen Armee von Kutel Amara, die Niederlage und die gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Wärgoffensiven, den gewaltigen Durchbruch der österreichisch-ungarischen Truppen gegen Italien (türkischer Beifall), die Sicherung der Linie vor Saloniki, und in diesen Tagen haben wir mit jubelndem und dankbarem Herzen die Seeschlacht am Stagerak erlebt. (Draufender Beifall.) So ist die Kriegslage inzwischen anders geworden. Unsere Feinde wollen auch weiterhin die Augen hier vor verschließen. (Mit erhobener Stimme.) Dann müssen, dann werden und dann wollen wir weiterkämpfen bis zum endgültigen Siegel. (Stürmischer Beifall.) Wir haben das Unrecht getan, um den Frieden anzubahnen. (Zustimmung.) Unsere Feinde haben uns mit Spott und Hohn zurückgewiesen. (Erneute Zustimmung.) Jedes Friedensgespräch, das wir jetzt beginnen würden, ist nichtig und nicht zu seinem Ziele führend. (Lebhafte Zustimmung.)

Verschiedene Staatsmänner in England und auch anderwo haben den Versuch unternommen, unserem Volke an den Hals zu fassen und durch partikularistische und innerpolitische Gegenstände unsere Schlagkraft zu lähmen. Diese Herren leben in merkwürdigen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, müssen sie selbst dabei bemerkt haben, wie fest der Herzschlag des deutschen Volkes ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt keine Einwirkung von außen her, die unsere Einigkeit irgendwie erschüttern könnte. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, meine Herren, auch wir haben unsere Einigungsversuche gemacht. Wir haben eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt, wir haben harte Differenzen, namentlich in der U-Boot-Frage und in unseren Beziehungen zu Amerika gehabt, die Kräfte sind scharf aufeinandergefahren. Aber ich kann und will es hier feststellen, daß in diesen Verhandlungen von allen Seiten die gegenseitige Ueberzeugung und Absicht geachtet worden ist. Die Verhandlungen sind immer auf sachlichem Boden geblieben. (Zustimmung.)

Meine Herren, unsere vertraulichen Aussprachen in der Kommission haben das Bedürfnis nach einer öffentlichen Aussprache nicht befriedigen können. Welche Gründe uns abhalten, der breiten Öffentlichkeit alle die Aufklärungen zu geben, die sie wünscht, wissen Sie. Ich glaube, wir waren in der Kommission mit wenigen Ausnahmen einig darüber, daß eine Erklärung dieser Frage vor der breiten Öffentlichkeit, wenn sie den Gegenstand erschöpfen sollte, das Land schädigen würde. (Zustimmung.) Lahon kann ich nicht abweisen. Allerdings, meine Herren, wünsche ich die Zeit herbei, wo die Senat mit allen ihren Verbindungen und Verpflichtungen, die nun einmal untrennbar mit ihr verbunden sind, ihr Ende erreicht hat. Ich will die Senatbedeutung nicht wieder neu beleben. Ich glaube nicht, daß der vorige Mittwoch im Senate den Eindruck eines sehr erhebenden Tages hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) Nur einige wenige Worte will ich sagen.

Für jeden von uns gab es nur ein Ziel, nämlich den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Und nur unter diesem Gesichtspunkt soll auch die Senat zu arbeiten, mag es sich um militärische oder politische Dinge handeln. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, die nur so weit mit der Kriegsführung zusammenhängen, der Senat so wenig wie irgend möglich angewendet wird. (Beifall.) Die Presse, die trotz aller Ueberwärtigkeiten und Schwierigkeiten in dieser ernsten Zeit ihre schwere Aufgabe mit Pflichtgefühl erfüllt und erfüllt, sie soll in gerechter und unparteiischer Würdigung ihrer Ziele nach meinem Willen so wenig Befesseln empfinden wie irgend möglich. (Beifall.)

Das Werk der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand hervorgerufen, über den ich einige Worte sprechen muß. Ich meine, die Zeitereien mit offenen und geheimen Denkschriften, die teils anonym, teils mit Namen in Umlauf gebracht sind. (Zustimmung links und im Zent.) In Hunderten von Exemplaren ist dieser Tage ein anonymes Heft verbreitet worden, das in der Kampfliteratur, soweit sie mit bekannt ist, an erster Stelle marschiert. (Erneute lebhafteste Zustimmung links und im Zent.) In diesem Heft finden Sie, mit der Fiktion des besorgten Patrioten vorgetragen, Dinge aus der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges, die eine freie Erfindung, eine Kette von Unrichtigkeiten und Entstellungen des wahren Sachverhaltes sind. (Lebhaftes Heul! Heul! links.) Nur ein paar Beispiele. Dieser Mann mag es zu schreiben, daß der deutsche Reichsfänger nahe an Zusammenbrechen gewesen sei, als ihm der englische Botschafter den Abbruch der Beziehungen mitgeteilt habe. Natürlich braucht der Schreiber dieses Heftes das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen bereits einige Stunden vorher in einer Unterredung erfolgt war, die der englische Botschafter mit Herrn v. Jagow, der in meinem Auftrage handelte, hatte. Der Schreiber braucht nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit Sir Edward Goschen, die er im Auge hat, der Abschiedsdeklaration war, den mir der britische Botschafter machte, und er braucht nicht zu wissen — er kennt nur die englischen Quellen, die ihm gut genug sind, um den deutschen Reichsfänger zu verleumdern — (Bewegung.) — Lebhaftes Heul! Heul! links und im Zent.) — daß Sir Edward Goschen bei dieser Unterredung innerlich so erschüttert war, daß ich, weil es sich um einen persönlichen und menschlichen Vorgang handelte, aus natürlichem Anstandesgefühl es unterlassen habe, jemals öffentlich davon zu sprechen. (Leb! Heul! Heul! links und im Zent.) Aber das sollte eben in das Bild: Schwäche des Reichsfängers! Ersinken und Erliegen ist es. (Lebhaftes Heul! links und im Zent.) Weiter heißt es in dem Heft aus der Geheimgeschichte der letzten Verhandlung, ich sei der Mann, der sich mit Händen und Füßen gegen die Verhandlung gestäubt hat. (Lachen links und im Zent.) Ich rate dem Schreiber dieser Schrift, sich an den damaligen Reichsfänger General v. Heeringen zu wenden. Ich weiß zwar nicht, ob es dem General v. Heeringen, den wohl das ganze Pous nur als einen groben und aufschreiigen Mann und Soldaten









# Salamander

## „Braun“ für den Sommer



Salamander Schuhgef. m. b. H. - Niederlassung: Mannheim, P 5, 15/16.

### Korsette Betty Vogel

P 5, 15/16  
Heidelbergerstrasse



Lothos  
Drs.



Ceres

### Zwei Spezial-Modelle

„Lothos“  
der neuesten Kleidermode entsprechende Form, nach oben kurz, nach unten sehr lang, in hellen Farben, starker Satin-Dress. Einheitspreis Mk. 8.50

„Ceres“ 7815  
neueste Form, welche eine jugendlich schlanke Figur erzielt, Ersatz für Maßarbeit. Einheitspreis Mk. 14.-

In Büstenhaltern und Untertaillen große Auswahl.

Telephon 7006

Die große u. schöne Auswahl  
garnierter Damen-  
Mädchen- u. Kinder-Hüte

sowie Blumen, Federn, Hutformen  
haben Sie stets zu billigsten Preisen bei

N 2, 9 Hugo Timmern N 2, 9

Kaufstraße Spezial-Haus für Damen-Hüte Telephon 3609

### Handels-Schule Schüritz N 4, 17 Tel. 7105

Am 5. Juni beginnen neue

### Handelskurse für Mädchen.

Mässiges Honorar. - Teilzahlung gestattet. - Kurze Ausbildungszeit. - Keine Nachforderungen, auch bei längerer Dauer des Unterrichts. - Die Schülerinnen werden so ausgebildet, dass sie von der Schule aus gleich in Stellung treten.

Unterricht in allen kaufm. Fächern. - Spezial-Kurse in Fremdsprachen.

### Tages-Kurse für Damen jeden Alters.

Abendkurse für Damen und Herren.

70 Schreibmaschinen und Apparate

Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen.

Ankunft und Prospekte kostenlos, Sonntags von 11-12 Uhr, durch

Die Direktion.



Reparatur-Werkstätte  
D 4, 2  
bekannt durch ihre Billig.

Sommer-Sprossen  
Pflanz- u. sonst. Garten-  
bedarfsmittel. Garantie in  
einigen Tagen. Preis Mk. 2.-  
Käufliche Drogerie  
Th. v. Elchardt, N 4, 12/14.

Reparatur-Werkstätte  
D 4, 2  
bekannt durch ihre Billig.

Verwechseln Sie nicht!  
**Wilhelm Meuthen Nachf.**  
Inhaber: Heinrich Glock  
jetzt L 4, 16 Bismarckstrasse Tel. 1815.  
Unionbriketts Fettschrot Nusskohlen  
Anthracit Eiforbriketts Sauggas-Anthracit  
Füllfenkoks Zentralheizungskoks  
Holzkohlen Bündelholz Tannenzapfen.  
Verwechseln Sie nicht!

**Omnimors**  
Radikale Vertilgung  
von Wanzen, Molten, Käfer, Ameisen, Heften u. Mäusen  
in Kellern, Speisekammern, Stuben, Küchen,  
Kammmatzen, Kissen, Matratzen, etc.  
Wissenschaftlicher Leiter: Dr. G. G. G. G.  
Allgem. Ungeziefer-Versicherung.  
Ph. Schifferdecker, Gontardstr. 4



Stahlfeder  
"Stypetia"  
D. H. G. M.  
Pat. angem.  
Schreib- u. Zeichen-  
federn, Kugelschreiber-  
federn, etc.  
Preis Mk. 2.50 mit  
verschied. Nadeln, versandt  
und postfrei. Man bestelle  
"Stypetia" direkt, diese  
ist nicht zu verwechseln  
mit anderen Marken.  
Jeder Art.  
Fr. Hötter,  
H 5, 1.

### Badehauben

empfehlen  
**Hill & Müller**  
Gummiwarenhaus  
N 3, 12 Kunststrasse N 3, 12  
Fernsprecher 676.

### Willkommenste Liebesgabe

Zigaretten  
zu Lagros-Preisen.  
Fürstengold 2 1/2 Pfg. 100 Stück 1.55  
Casino 2 1/2 Pfg. 100 Stück 1.55  
Casino 3 1/2 Pfg. 100 Stück 2.30  
Casino 5 Pfg. 100 Stück 3.20  
alles mit Goldmündstüek.  
Lieferung nur gegen Nachnahme oder Vor-  
einzahlung. Auswärts zuzüglich Porto.  
Bei Bestellung von 500 Stück franko.  
Tel. 688 Halbreich Rosengartenstr. 17  
Kein Laden. Mannheim

### Magenbeschwerden

Appetitlosigkeit, Magen-  
schmerzen bewahrt sich  
Th. von Elchardt's Ver-  
dauungs-Saft „Pepsin-  
Wein“ als vorzügliches  
Anregungsmittel. Pfl. H. 154.  
Karlstr. 14, 154.

### HAAR-Ausfall

wird rasch und sicher mit  
**ORANIA-Wasser**  
gestillt. Es haben bei  
Ad. Arras, Q 2, 19/20.

### Frachtbriefe

best. vertilgt in der  
Dr. G. G. G. G.  
Bismarckstr.